Redakt., Admin. u. Expedit.
Prag II., Celetná 22.

Postsparkassenkonto 90.129.
Telephon Nr. 4449.
Sprechstunde der Redaktion
5—6 Uhr nachmittags.
Redaktionsschluß
Mittwoch 9 Uhr vorm.

Insertionspreis:
Die sechsmal gespalt. Petitzeile
oder deren Raum 1.20 K.
Inseratenannahme durch alle
Annoncen-Bureaus und die
Administration.

Erscheint jeden Freitag.

Selbstwehr

Unabhängige jüdische Wochenschrift.

Abonnement m. Postzusendung
vierteljährig Kč 12.—,
halbjährig Kč. 22.—,
Ganzjährig Kč. 40.—,
Für Deutschland Mk. 40.—
Für das übrige Ausland
15 Frcs. oder 15 sh.
Einzelne Nummer 1 K.

Auswärtige Zahlungen sind zu leisten: In Polen an „Wiedénsk Bank Lombardowy i Eskontowy Filia w Krakowie auf Konto der Selbstwehr". In Deutschland durch deutschen Postscheck auf „Konto der Böhm. Unionbank für die Selbstwehr". In Oesterreich durch die Postsparkassa auf „Konto der Böhm. Unionbank für die Selbstwehr".

XIV. Jahrgang. | Prag, den 30. Juli 1920. | Nr. 31.

Die wirtschaftliche Reproduktivierung der Juden.

(Zur Karlsbader Welthilfskonferenz.)

I.

Berufsumschichtung und geistiges Niveau.

Am 1. August wird in Karlsbad die von allen Teilen der alten und der neuen Welt beschickte jüdische Welthilfskonferenz zusammentreten. Sie ist eine wichtige Etappe in der großen jüdischen Welthilfsaktion, welche die unausdenkbar schweren Wunden heilen will, die Krieg und Revolution dem jüdischen Volke geschlagen haben, insbesondere in Osteuropa, wo die großen Massen unseres Volkes wirtschaftlich einfach vernichtet worden sind. Die Konferenz soll die Ansätze der Hilfe, die sich überall und insbesondere in Amerika zeigen, ordnen und unter einen leitenden Gedanken bringen. Sie soll vor allem die Frage lösen: Wie kann man alle diese Hilfeleistungen so organisieren, daß sie nicht bloß eine momentane Erleichterung der akuten Not bringen, sondern bleibend und für die Dauer wirken, neue Existenzmöglichkeiten für die Juden schaffen und den Grund legen für einen Neuaufbau des zerstörten wirtschaftlichen Lebens der Juden in Osteuropa, der den geänderten Verhältnissen entspricht.

Bisher lebten die Juden in der weitaus größten Zahl vom Handel in seinen verschiedensten Formen, und, wenn man an die ostjüdischen Massen denkt, vielfach in seinen kleinsten, ungesündesten und unproduktivsten Formen. Diese Existenzmöglichkeit scheint jetzt auf lange Zeit hin unmöglich zu sein. Die Geschäfte sind zum großen Teil zerstört, die Waren verschleppt, Einrichtung und Betriebskapital geraubt. Aber das wäre das Geringste. Bedeutsamer sind die Anzeichen, da dafür sprechen, daß die durch den Weltkrieg politisch zur Macht gelangten, wirtschaftlich aber ruinierten Völkern vorerst ganz sicher den ebenso verlokkenden als vollkommen verfehlten Weg des wirtschaftlichen Antisemitismus zur Verbesserung ihrer Lage versuchen und die kräftigsten Mittel nicht scheuen werden, um sich die unbequeme Konkurrenz der fleißigen und begabten Juden im Handelsleben vom Halse zu schaffen.

Vor allem hat aber die sozialistische Bewegung mit ihrer erzieherischen Wirkung, mit dem Erwachen einer neuen sozialen Mentalität das allgemeine Bewußtsein für die geringere Produktivität des Handels und für die Unproduktivität gewisser Zweige, Arten und Methoden des Geschäftslebens immer schärfer und empfindlicher gemacht. Die Tatsachen des Bolschewismus, der Sozialisierungsversuche, aber — auch in gar nicht sozialistisch regierten Staaten — die staatliche Bewirtschaftung vieler Produkte, die Zentralenwirtschaft, die strengen gesetzlichen Bestimmungen gegen gewisse Auswüchse des Handels, wie gegen zu hohen Nutzen, Kettenhandel usw., deren unproduktiven und antisozialen Habitus erst der Krieg in unsanft greller Weise aufgedeckt hat, sind deutliche Anzeichen für diese Bewußtseinswandlung, die unbedingt zu einer starken Einschnürung des Handelslebens führen wird. Und zumgroßen Teil mit Recht. Verantwortungsbewußte und denkende Juden fühlen selbst, daß in der wirtschaftlichen Struktur des jüdischen Volkes eine gründliche Umwälzung eintreten muß, daß sich die Juden wieder voll-produktiven Berufszweigen werden zuwenden müssen; und das ist nicht nur dort der Fall, wo sie unter anderen Völkern ungestört leben wollen, wie in Osteuropa und zum Teile auch bei uns, sondern vor allem auch in Palästina.*) Es ist kaum ein Zweifel darüber möglich, daß die wichtigste Voraussetzung für das Gelingen der Wiederaufrichtung des jüdischen Volkes in Erez Israel eine gründliche Berufsumschichtung und Reproduktivierung der Juden ist.

Dies ist sicherlich die schwerste Aufgabe, welche dem jüdischen Volke seine kritische Situation auferlegt hat. Man braucht sich nur vorzustellen, was es bedeutet, aus Geschäftsleuten und Literaten — Bauern, aus Agenten — Handwerker, aus Hausierern — Arbeiter zu machen. Man braucht nur ein wenig über die spezifisch jüdischen Begabungen nachzudenken, welche den Juden das Arbeits- und Wirkungsmaterial „Mensch" viel zugänglicher und erfolgversprechender machen, als das Arbeitsmaterial „Sache". — Doch über alle diese Dinge soll hier heute nicht gesprochen werden. Vor diesen praktischen Schwierigkeiten steht noch ein anderes Bedenken, das mehr theoretischen, ja ideellen Charakter hat, und das manchem, der über diese Frage nachdenkt, ernste Sorgen macht: Ist die Bewegung zur Reproduktivierung nicht gleichzeitig eine Abkehr vom Geistigen?

Kaum eine Eigenchaft ist so auffallend jüdisch, als das Bestreben der Eltern, ihre Kinder geistig höher zu situieren, als sie selbst stehen. Es ist eine Eigenart, die aus der Verbindung zweier unserer besten Eigenschaften entstanden ist, der denkenden Liebe zu den Kindern und der Liebe zum Geist. Steht nun dieser Tendenz, die zu unserem schönsten Besitz gehört, nicht die neue als notwendig erkannte Tendenz zur Reproduktivierung entgegen? Wird nicht ein Vater, der sich entschließen soll, sein Kind Handwerker werden zu lassen, mit Recht eine Niveausenkung in geistiger Hinsicht befürchten?

Die Frage ist wohl sehr ernst; aber sie ist lösbar, und man möchte wünschen, daß sich auch die anderen praktischen Probleme der Berufsumschichtung so lösen ließen. Es kommt hier nur darauf an, nicht in allgemeinen Gedanken oder gar Phrasen stecken zu bleiben, klar zu denken, und ohne Vorurteile stets im Auge zu behalten, worauf es im wahrhaft Geistigen allein ankommt.

Wir sagen wohl: Das Streben nach geistiger Höhe ist ein höchst lobenswerter jüdischer Zug. Das ist richtig. Aber, — muß man fragen, — ist alles, was sich bei uns Juden als Streben nach oben geltend macht, wirklich auch schon ein Streben nach geistigem Wachstum? Wenn der jüdische Vater sein Kind möglichst viel lernen läßt, so ist es nicht immer das Wissen und die Bildung selbst, die er für das Kind anstrebt, sondern sehr oft, — zu oft, — die Möglichkeit materieller Vorteile, welche das größere Wissen verspricht, das Streben nach sozialer und gesellschaftlicher Erhöhung, welche — bisher wenigstens — mit der Absolvierung gewisser Schulen und Prüfungen verbunden war, und Aehnl. Wir wollen gegen diese elterlichen Bestrebungen nichts sagen, aber ein Streben zum Geist ist es nur in höchst uneigentlichem Sinne. Ueberdies werden derartige Pläne wohl über kurz oder lang ihre Bedeutung verlieren; das zeigen wohl genug deutlich die Schatten, oder sagen wir lieber in diesem Falle, die Lichter, welche die kommende Zeit schon in unsere Gegenwart wirft.

Lassen wir also diese Pseudogeistigkeit, die in der heutigen seelischen Struktur der Juden den echten Kern immer mehr zu überwuchern droht, beiseite, so bleibt als wahrhaft geistig übrig: Das Streben nach Vergrößerung der Teilnahme an den seelischen und geistigen Gütern des Lebens; nach Erweiterung des Wissens, Vertiefung des Gefühls; nach der Fähigkeit, Natur und Kunst intensiv erleben zu können; nach Klarheit und Fülle des Bewußtseins von Welt und Mensch und Gott; nach einer Sittlichkeit, welcher die innere Freiheit die Fesseln der Triebe gelockert hat und die gelenkt wird durch den schaffenden, geistigen Willen. —

So etwa ließe sich die eigentliche Richtung des Willens zum Geistigen umschreiben. Und nun muß man fragen: Ist für diese Richtung der Handelsmann mehr geeignet wie der Handwerker? Liegt der Beruf des Hausierers oder Schnapsschänkers eher in dieser Richtung als der Beruf des Bauern? Oder braucht man gar dazu unbedingt Advokat, Fabrikant, Bankdirektor oder Universitätsprofessor zu sein? Man wird diese Frage richtig beantworten, wenn man sich nur von dem beinahe allgemeinen Grundirrtum emanzipiert, daß Berufe, welche Gescheitheit und geistige Regsamkeit, genauer, welche ein hohes Maß psychologischer Einfühlung in den Gegenpart erfordern — denn das ist die „geistige" Begabung, welche den tüchtigen Geschäftsmann, Bankdirektor und Advokaten macht —, daß diese Berufe irgendwie auch in tieferem Sinne geistiger sind, als etwa solche, welche eine innige Beziehung zur Natur und ihren Elementen verlangen.

So erweist sich also dieses ideelle Bedenken gegen die Berufsumschichtung als Irrtum. Freilich — eine Voraussetzung gibt es, ohne welche die angestellte Ueberlegung hinfällig wird, ohne welche eine Reproduktivierung der Juden nicht gedacht werden kann und nicht gedacht werden soll. Die Möglichkeit vollstän-

*) Vgl. das Büchlein: Herbert Fuchs-Robetin: Ein soziales Programm für Palästina. Berlin, Weltverlag 1920.

digster geistiger Ausbildung darf kein Privileg der Reichen, oder der intellektualistischen Berufe sein. Es müssen Einrichtungen geschaffen werden, welche dem manuellen Arbeiter dieselben geistigen Möglichkeiten gewährleisten, wie jedem Andern; es müssen ihm nicht nur alle kulturellen und geistigen Institutionen frei zur Verfügung gestellt werden; es muß auch eine solche wirtschaftliche Ordnung angestrebt werden, die einem jedem die zur geistigen Ausbildung nötige Zeit gewährleistet.*) Das muß stets unser politisches Ziel sein, nicht nur dort, wo wir uns an der Politik der Länder der Galuth beteiligen, sondern auch in unserer eigenen, insbesondere der Gemeindepolitik, vor allem aber der in unserer Politik in Erez Israel. Hier wird es an uns sein, der Welt zu zeigen, wie wir den neuen, den geistigen Typus des Bauern und des Handwerkers schaffen. Die Voraussetzungen dafür sind bei uns gegeben; es muß nur der feste Wille dazukommen und die Erkenntnis: Für das jüdische Volk ist eine wirtschaftliche Reproduktivierung nicht denkbar ohne eine radikale Demokratisierung des Geistes.

Felix Weltsch.

*) Vgl. den Aufsatz „Mehr Zeit« in Max Brods „Sozialismus im Zionismus". Wien, Löwit, 1920.

Die Londoner Jahreskonferenz.

London, 19. Juli. In der vergangenen Woche hatten, da die Kommissionen ihre Arbeit durchführten, keine Plenarsitzungen der Konferenz stattgefunden. Sie wurden Montag, den 19. d. M. um 11 Uhr vormittags wieder aufgenommen. Präsident Brandeis eröffnete die Sitzung und entwarf den Arbeitsplan für die restlichen Sitzungen.

Den Vorsitz übernahm Lord Rothschild, welcher ankündigte, daß zunächst die Anträge der Palästinakommission zur Behandlung gelangen sollen. Gemäß einem Beschluß des Seniorenkonvents sollen zu jedem Antrag der Palästinakommition je zwei Pro- und Kontraredner, für jeden Antrag der übrigen Kommissionen je ein Pro- und Kontraredner und für jeden Minoritätantrag nur ein Redner das Wort ergreifen.

Adolf Böhm (Oesterreich)

erstattete den Bericht im Namen der Palästinakommission. Diese hatte sich gleich nach Beginn ihrer Beratungen in fünf Unterkommissionen geteilt, welche die Gebiete der Bodenpolitik, der Kolonisation, der Emigration, die medizinischen und die technischen Fragen behandelten. Böhm berichtete über die erste Gruppe der Kommissionsanträge,

Fragen der Bodenpolitik,

und führte aus: Zur Bodenpolitik verlangten die Vertreter der radikalsten Gruppe einen Beschluß, welcher den Bodenkauf ausschließlich dem Jüdischen Nationalfonds vorbehalten und jeden privaten Bodenverkauf ausschließen solle. Hiefür spreche die Befürchtung, daß Privateigentümer Spekulation betreiben würden. Sie würden ferner, selbst beim besten Willen, durch die Verhältnisse gezwungen, nichtjüdische Arbeiter beschäftigen zu müssen, und damit wäre der Boden nur juristisch, nicht aber in Wirklichkeit jüdischer Boden. Die Vertreter der anderen Richtung argumentieren etwa so: Der Jüdische Nationalfonds verfügt zurzeit nur über sehr geringe Geldmittel und es ist nicht anzunehmen, daß er in kurzer Zeit derartige Mittel erhalten kann, um jeden zum Anbot gelangenden Boden anzukaufen. Damit würde der Fall eintreten, daß zum Verkauf stehender Boden zu einer Zeit, wo der Preis noch verhältnismäßig niedrig ist, von Nichtjuden gekauft würde. Gegen Bodenspekuation können gewisse Sicherheiten gefunden werden. Es sei undenkbar, daß wir die Juden in Palästina unter ein minderes Recht stellen, nachdem Christen und Araber wohl in der Lage sein sollen, Boden zu kaufen, Juden aber nicht.

Demzufolge stellte die Palästinakommission folgende Grundregeln für die Fragen der Bodenpolitik auf:

1. Das Grundprinzip der zionistischen Bodenpolitik ist, den Boden, auf dem die jüdische Kolonisation erfolgt, in das Gemeineigentum des jüdischen Volkes zu überführen. Die Exekutive wird aufgefordert, alles aufzubieten, um diesen Grundsatz zur vollen Durchführung zu bringen.

2. Der Träger der jüdischen Bodenpolitik in Stadt und Land ist der Jüdische Nationalfonds. Seine Ziele sind: Durch Verwendung freiwilliger Volksspenden den Boden Palästinas in jüdischen Gemeinbesitz zu überführen; den Boden ausschließlich in Erbpacht und Erbbaurecht zu vergeben; die Ansiedlung mittelloser jüdischer selbstarbeitender Elemente zu ermöglichen; die jüdische Arbeit zu sichern; die Nutzung des Bodens zu überwachen und der Ausübung der Spekulation entgegenzuwirken.

3. Die Kreditmittel der Zionistischen Organisation dürfen in erster Reihe nur solchen Ansiedlern zugute kommen, die sich den Prinzipien des Jüdischen Nationalfonds unterwerfen.

4. Um beim Bodenerwerb den Jüdischen Nationalfonds zum maßgebenden Faktor zu machen, müssen ihm jederzeit ausreichenende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Zwecks Erweiterung seiner Aktionsfähigkeit soll der Jüdische Nationalfonds Anleihen aufnehmen, die durch seine Pachteinnahmen zu verzinsen und zu amortisieren sind. Der Jüdische Nationalfonds soll berechtigt sein, unter Ausschaltung der bisherigen Reservenverpflichtung seine gesamten Mittel ohne jede Einschränkung in Palästina zu investieren. Die Bodenpolitik des Jüdischen Nationalfonds muß durch Kreditinstitute für landwirtschaftlichen und städtischen Besitz gefördert werden.

5. Der Bodenkauf in Palästina durch **Juden** soll bei einem offiziell anerkannten, unter der Kontrolle der Zionistischen Organisation stehenden Institut zentralisiert werden.

6. Im Interesse der schnellsten Erwerbung des größten Teiles des palästinensischen Bodens soll der Jüdische Nationalfonds Formen finden, in denen neben dem eigenen Kapital des Jüdischen Nationalfonds auch das Privatkapital sich bodenkaufend beteiligen kann in einer Weise, die den späteren Uebergang der so gekauften Ländereien in den Besitz des Volkes gewährleistet.

Der Vorsitzende teilte hierauf folgenden Minoritätsantrag mit: Der Bodenkauf in Palästina soll ausschließlich dem Jüdischen Nationalfonds zustehen, damit der gesamte Boden zum unveräußerlichen Eigentum des jüdischen Volkes werde.

In der Debatte sprach sich Delegierter Pines (Frankreich) für absolute Nationalisierung und gegen jede Privatinitiative aus. Nur nationaler Boden könne die Ausnützung des Landes für die Ansiedlung selbstarbeitender Juden gewährleisten. Der Zionismus müsse eine Antwort auf die ökonomische Judenfrage geben, sonst erklärte er seinen Bankrott. Wenn der Boden Palästinas in der Hand einiger Privatbesitzer sei, könne die Mehrheit des Volkes vom Boden ausgeschlossen werden. In der Palästinakommission habe niemand gegen die Nationalisierung gesprochen, es habe sich nur um die Aufbringung der Mittel gehandelt. Aber wenn die Mittel für eine nationale Kolonisation nicht vorhanden wären, so würden sie auch für eine private Kolonisation nicht da sein.

Delegierter Dr. Hausmann (Ostgalizien) und Levin Epstein (Amerika) sprachen für den Kommissionsantrag. Katzenelson (Pal. Arbeitervereinigung) und Sprinzak (Hapoel Hazair, Palästina) für die reine Nationalisierung.

In der Nachmittagssitzung vom 19. d. M., in welcher Lord Rothschild präsidiert, werden die Anträge der Palästina-Kommission über die

Bodenpolitik

weiterberaten und nach dem Schlußwort des Berichterstatter Böhm einzeln, aber alle Punkte mit überwiegender Mehrheit unverändert angenommen; nur im Grundsatz 2 wird auf Grund eines Amendementantrages des Delegierten Abrahams (Südafrika) das Wort „mittellose" gestrichen.

Zum Minoritätsvotum über das Prinzip der Nationalisierung verlangen die Antragsteller namentliche Abstimmung. Diese ergibt 74 Stimmen für und 135 Stimmen gegen das Minoritätsvotum.

Nach der Abstimmung übergibt Lord Rothschild, lebhaft akklamiert, den Vorsitz Herrn Louis Lipski. Delegierter Adolf Böhm gibt folgende Erklärung ab:

Die oben durchgeführte Abstimmung hat keine Prinzipienfrage zum Gegenstand gehabt. Wer gegen die Resolution gestimmt hat, hat gegen ein Mittel zur Nationalisierung des Bodens, nicht gegen die Nationalisierung selbst gestimmt. Das Prinzip der Nationalisierung ist bereits durch die Annahme der These 1 der Kommission angenommen worden.

Hierauf werden von Bernard Rosenblatt namens der amerikanischen Zionisten, von Delegierten Tabenkin namens der Achduth Haawodah und Delegierten Schweiger namens des Misrachi-Verbandes der Zeire Zion auf die Nationalisierung des Bodens bezüglichen, zum Teile sehr scharf gehaltenen Erklärungen abgegeben.

Nachdem Dr. Klee den in der Ukraine ermordeten Delegierten des American Joint Distribution Committee Professor Friedländer und Dr. Kantor einen warmgefühlten Nachruf gehalten hatte, referierte

Dr. Isidor Schalit

(Oesterreich) über die Tätigkeit der

politischen Kommission

Er wies auf Theodor Herzl hin, welcher dem jüdischen Volke die Welttribüne und den politischen Gedanken gegeben hat. Die Konsequenz dieses politischen Gedankens ist es, daß der zionistischen Bewegung im rechten Augenblick Männer wie Sokolow, Weizmann und Brandeis erstanden. Für ihre Tat, welche die Bewegung bergauf geführt hat von der Balfour-Deklaration zu San Remo, der Uebernahme des Mandats durch England, der Ernennung Sir Samuels und der königlichen Botschaft, die er verkündet hat, dankt ihnen das jüdische Volk von ganzem Herzen. Nun beginnt die Tat. Wir haben noch nicht unseren Judenstaat, aber was wir haben, kann unser Judenstaat werden und es wird

unser Judenstaat

werden. Das Fundament ist gelegt, die Sache des jüdischen Volkes ist es, das Werk aufzubauen. Der Redner legte zum Schluß folgende Resolution vor:

1. Die Jahreskonferenz der Zionistischen Weltorganisation begrüßt mit größter Freude und Dankbarkeit den Beschluß von San Remo, die Balfour-Deklaration in den Friedensvertrag mit der Türkei aufzunehmen, und die Annahme des Mandates für Palästina durch Großbritannien zum Zwecke der Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk. Die Konferenz drückt ihre feste Ueberzeugung aus, daß die von England und den alliierten Mächten anerkannten Rechte des jüdischen Volkes auf sein Land auch vom Völkerbund verbürgt werden. Die Jahreskonferenz erklärt, daß das jüdische Volk allen Nationen gegenüber, die in diesem großen Werke teilgenommen haben, insbesondere dem großen britischen Volk und seinen Führern gegenüber von den Gefühlen tiefster Dankbarkeit erfüllt ist.

2. Die Zionistische Jahreskonferenz erblickt in den bisherigen Zusicherungen öffentlichrechtlicher Natur die Grundlage für die Schaffung eines jüdischen Palästina und hegt die Zuversicht, daß die noch zu führenden Unterhandlungen zu einer vollen Verwirklichung der zionistischen Bestrebungen führen werden. Die Jahreskonferenz dankt den Herren Weizmann und Sokolow für ihre im Interesse des jüdischen Volkes geleisteten aufopferungsvollen Arbeiten und spricht ihnen ihr Vertrauen aus.

Die Resolutionen wurden unter brausendem Beifall einstimmig angenommen.

Hierauf verlas der Präsidnt Lipski unter stürmischem Beifall ein vom Premierminister Lloyd George aus Spaa an Dr. Weizmann gerichtetes Telegramm, das wir bereits gemeldet haben.

Auf Antrag Rev. Goldblooms wurde beschlossen, das Telegramm durch eine Dankdepesche zu erwidern.

In der

Vormittagssitzung am 20. Juli

(Vorsitzender Louis Lipski) berichtet

Adolf Böhm

(Osterreich) über die zweite Gruppe der Beschlüsse, betreffend die

Kolonisationsfragen.

Er bringt folgende, von der Kommission angenommene Grundsätze für die Kolonisationsfragen vor das Plenum:

1. Die nationale Kolonisationstätigkeit hat die Ansiedlung des jüdischen Arbeiters zum Ziele.

2. Angesiedelt sollen nur solche Arbeiter werden, die sich in Palästina in langjähriger Praxis bewährt haben, sowie Juden, welche im Galuth selbstarbeitende Landwirte waren. Arbeiter, die sich im Galuth landwirtschaftliche Kenntnisse erworben haben, sollen erst nach einer entsprechenden Arbeitspraxis im Lande angesiedelt werden.

Der Eignung der Frau für die Ansiedlung ist besondere Beachtung zu schenken.

3. Zwecks Besiedlung und Vorbereitung der Besiedlung sollen nach Möglichkeit große, zusammenhängende Gebiete, auch solche, die erst amelioriert und saniert werden müssen, durch die Zionistische Organisation gesichert werden.

4. Die Ansiedlung von Anwärtern mit eigenem Kapital ist, ihrer Wichtigkeit entsprechend, auf das entschiedenste zu fördern, sofern sie sich den Prinzipien der nationalen Kolonisation unterworfen.

5. In Anbetracht der Wichtigkeit, schnell zu intensiver Ausnützung der Ländereien überzugehen, sind mit äußerster Beschleunigung einige Siedlungen sowohl auf bewässerbarem als auch auf unbewässerbarem Boden nach den Methoden der intensivsten Bodennutzung anzulegen. Die hiefür notwendigen Geldmittel sind zur Verfügung zu stellen und mit der Vorbereitung dieser Siedlungen sowie des dafür nötigen Menschenmaterials ist eine Kommission von Fachleuten zu betrauen.

6. Oeffentliche Arbeiten dürfen von der Zionistischen Organisation nur nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden.

7. Der Jüdische Nationalfonds als solcher betreibt keine Kolonisation und führt, abgesehen von der Baumspende, keine Aufforstung aus. Er führt die Amelioration seines Bodens durch. Er beschränkt diese Tätigkeit auf diejenigen Arbeiten, die nötig

sind, um den Boden in einen wirtschaftsfähigen Zustand zu versetzen.

Der Redner begründet diese Thesen und teilt noch mit, daß der Kommission ein Entwurf der amerikanischen zionistischen Organisation zur Ansiedlung von 100.000 Juden in Palästina vorgelegen habe. Die Kommission habe nicht alle Einzelheiten dieses Projektes prüfen können, sei jedoch im allgemeinen damit einverstanden gewesen.

Delegierter Tabenkin (Poale Zion) unterbreitet zu den Kolonisationsthesen einen Minoritätsantrag, bestehend aus zwei Resolutionen: 1. Die jüdische Kolonisation, sowohl städtische als auch agrarische, soll vollständig auf jüdischem Nationalfondsboden in Uebereinstimmung mit den Prinzipien des Jüdischen Nationalfonds vor sich gehen. 2. Die zionistischen Kolonisationsinstitute dürfen ausschließlich solche landwirtschaftliche Siedelungen oder städtischen Häuserbau unterstützen, die auf Nationalfondsboden vor sich gehen oder seiner Verfügungsmacht übergeben werden.

Sodann begründet Ben Gurion (Achduth Haawodah) ein Amendement, das aus zwei Absätzen besteht: 1. Die Regulierung der Angelegenheiten des arbeitenden Jischuw wird ausschließlich der Vertretung der arbeitenden Gesamtheit übergeben. Diese Vertretungskörperschaft wird nach einem Modus gewählt werden, den die allgemeine Konferenz der palästinensischen Arbeiterschaft festlegen wird. 2. Die zionistische Organisation anerkennt die Arbeiterinstitute auf den Gebieten der Arbeitsbeschaffung, der Genossenschaften, der Kultur, der medizinischen Hilfe, des gegenseitigen Kredits und der Organisierung der Immigration arbeitender Elemente; sie vollzieht ihre Tätigkeit auf diesen Gebieten ausschließlich durch sie.

Delegierter Yellin (Persien) spricht gegen den Minoritätsantrag, insbesondere aber gegen den Antrag Ben Gurion, der seiner Meinung nach einen Staat im Staate schaffe. Die Leitung der wichtigsten Angelegenheiten könne nicht einer einzelnen Gruppe übergeben werden, sie müsse der Gesamtheit des Volkes zustehen.

Delegierter Sprinzak (Hapoel Hazair) begründet ein Amendement zu Par. 1 des Kommissionsantrages, wonach dieser Paragraph lauten soll: „Die zionistische Orgranisation befaßt sich nur mit solcher Kolonisationsarbeit, welche die Ansiedlung des jüdischen Eigenarbeiters auf Nationalfondsboden zum Ziele hat."

Delegierter Kaplan (Zeire Zion) begründet ein Amendement zu Par. 4 des Kommissionsantrages, welcher lauten soll: Die Ansiedlung von Anwärtern mit eigenem Kapital ist zu fördern, sofern sie sich den Prinzipien der nationalen Kolonisation unterwerfen. (Selbstarbeit.)

In seinem Schlußwort erklärt der Berichterstatter Delegierter Böhm, daß die Minoritätsanträge ganz neue Antr.ge darstellen, welche der Kommission nicht vorgelegen haben. Die Anträge Ben Gurion gehörten eigentlich nicht zur Kolonisationsfrage, sondern zur Frage der Organisation. Eine besondere Gefahr bedeute es, daß diese Anträge, die Kompetenzen abgrenzen sollen, sehr unklar stilisiert seien. Inhaltlich bedeuten sie eine Absetzung der Gesamtheit, sowohl der Zionistischen Organisation als auch des jüdischen Volkes, zugunsten eines bestimmten Teiles.

Bei der Abstimmung werden beide Sätze des Minoritätsvotums sowie der erste Teil des Amendements Ben Gurion abgelehnt. Der zweite Teil des Amendements Ben Gurion wird wiederum in zwei Sätze geteilt. Zum ersten Satz schlägt Delegierter Abrahams ein Amendement vor, wonach der Satz lauten soll: Die Zionistische Organisation soll mit den Arbeiterinstituten auf den Gebieten der Arbeitsbeschaffung der Genossenschaften, der Kultur, des Sanitätswesens und des gegenseitigen Kredits zusammenarbeiten. Dieser Satz wird mit 103 gegen 20 Stimmen angenommen. Der Rest des zweiten Absatzes des Amendements Ben Gurion wird vom Antragsteller zurückgezogen.

Sodann wird das Amendement Sprinzak zu Punkt 1 des Kommissionsantrages abgelehnt, das Amendement Kaplan zu Punkt 4 des Kommissionsantrages angenommen. Der Rest des Majoritätsantrages wird dann en bloc ohne Widerspruch zum Beschluß erhoben.

Dr. Elias Auerbach berichtet im Auftrage der Palästina-Kommission über die dritte Gruppe ihrer Resolutionen, betreffend

Sanitätsfragen

und stellt folgende Anträge:

Die Jahreskonferenz beschließt die Einrichtung eines Gesundheitsamtes als Abteilung der ersten zionistischen Behörde in Palästina. Sämtliche medizinischen und sanitären Arbeiten sollen in diesem Gesundheitsamt konzentriert werden. Zur Durchführung dieser Arbeiten ist aus dem allgemeinen Budget der Palästina-Arbeit ein besonderes Sanitätsbudget abzuzweigen. In dieses Budget sind alle Einzelbudgets von Organisationen für medizinische und sanitäre Arbeiten in Palästina einzustellen.

Debatte und Astimmung über diese Anträge werden auf die Nachmittagssitzung verschoben.

In der Nachmittags- und Abendsitzung am 20. Juli, welchen Louis Lipski präsidiert, wird zunächst die

Debatte über die Sanitätsfragen

abgeführt.

Delegierter Abraham Goldberg spricht sich gegen die vorgeschlagene Einrichtung eines Gesundheitsamtes als Abteilung der obersten zionistischen Behörde aus, weil die Sanierung des Landes zu den Aufgaben der allgemeinen Administration gehört. Herr Ussischkin erklärt, daß wir nicht erwarten können, daß die Administration des Landes Sanitätsmaßnahmen in einer den jüdischen Bedürfnissen genügend entsprechenden Weise durchzuführen imstande ist und daß wir daher von einem eigenen Gesundheitsamt nicht absehen können. Er verweist im übrigen auf die abnormale Situation, die dadurch entstanden ist, daß die Sanitätsgruppe, die von den amerikanischen Zionisten unterhalten wird, die Hadassah, nicht unter der Kontrolle der allgemeinen zionistischen Organisation steht.

Delegierter Haas verlangt die Ueberweisung der Resolutionen an die Exekutive; dieser Antrag wird, nachdem sich Dr. Goldberg namens der palästinensischen Aerzte dagegen ausgesprochen hat, abgelehnt und die Resolutionen der Kommission werden mit 79 gegen 31 Stimmen angenommen.

Hierauf begründet namens der Palästina-Kommission, beziehungsweise ihres Unterausschusses für Immigration,

Dr. Zweig

(Oesterreich) die nachfolgenden Resolutionen, die von de Kommission zur Beschlußfassung vorgelegt werden:

1. Die Organisation und Regulierung der Einwanderung nach Palästina wrd durch das unverzüglich in Palästina zu errichtende Haupteinwanderungsamt und die Palästina-Aemter der einzelnen Länder durchgeführt.

Das Haupteinwanderungsamt soll in den wichtigsten Hafenstädten Hafenbureaus errichten und, wenn erforderlich, den separaten Palästina-Aemtern zentrale Funktionäre zuweisen.

2. Immigranten, welche vom Gesichtspunkte des Wiederaufbaues Palästinas ein wünschenswertes Element darstellen, jedoch nicht in der Lage sind, ihre gesamten Reisekosten aus eigenem zu decken, sollen von den Einwanderungsämtern Darlehen erhalten.

3. Zum Zwecke der Liquidierung des Besitzes der Auswanderer und aller mit der Emigration verbundenen Finanzoperationen sollen in den wichtigsten Emigrationsländern Finanzinstitute errichtet werden, welche mit den zionistischen Finanzinstituten in Palästina in Verbindung stehen sollen.

Diese Thesen werden in der Debatte eingehend besprochen und von den Rednern Julius Simon, Professor Warburg, Dr. Schmorall (Ostgalizien), Dr. Herrmann (Tschecho-Slowakei), Dr. Moses (Deutschland), Leiser Kaplan (Zeire Zion), Baruch Zuckermann (Poale Zion), Dr. Gottlieb (Polen) und Dr. Federmann (Tschecho-Slowakei) eine Anzahl von Abänderungsanträgen gestellt.

Dr. Herrmann (Tschechoslowakei) beantragt ein Amendement zur Resolution 1, wonach die Exekutive einen mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Immigrationskommitär in die Emigrationsländer entsenden soll, der die Organisierung der Immigration zu regeln hat.

Dr. Federmann (Tschechoslowakei) schlägt vor, die Organisierung der Palästinawanderung sei Aufgabe der Palästinaämter, die in allen diese Wanderung betreffenden Fragen die zuständigen Behörden seien. Die Auswahl und Vorbereitung der Poalim ov-dim kann den innerhalb der Zonistischen Organisation stehenden Federationen, Fraktionen und Fachorganisationen überlassen wur en. Dr. Federmann verweist in der Begründung seianes Amendements, daß der Begriff des arbeitenden Elements vague ist und daher die Entscheidung über die Immigration arbeitenden Elemente nicht ausschließlich in die Hände der Arbeitergruppen gelegt werden kann. Wir müssen uns aller Kräfte bedienen, die zur Verfügung stehen.

Es wird beschlossen, eine Kommission aus allen Delegierten, welche Amendements vorgeschlagen haben, und den Vorsitzenden der Palästina-Kommission und Unterkommission einzusetzen, welche unter Hinzuziehung eines Vertreters des Misrachi eine einheitliche Redaktion aller Amendements zur nächsten Sitzung vorbereiten soll.

Hierauf wird ein Brief des Board of Deputies of the British Jews verlesen, welcher mitteilt, daß in seiner Sitzung vom letzten Sonntag auf Vorschlag von Sir Stuart Samuel beschlossen worden ist, der Zionistischen Jahreskonferenz einen herzlichen Willkommgruß zu entbieten und die Hoffnung auszudrücken, daß ihre Sitzungen von Erfolg gekrönt und das Werk mit einer beschleunigten Verwirklichung der Errichtung des jüdischen Nationalheims in Palästina verbunden sein möge.

Nach zweistündiger Pause beginnt um 7 Uhr die

Abendsitzung,

in welcher die Resolutionen der

Organisationskommission

beraten werden. Folgende Beschlüsse werden gefaßt:

Die Zahl der Delegierten für den nächsten Kongreß ist mit 350 bis 400 festzusetzen. Die Exekutive hat festzustellen, auf wieviele Schekelzahler ein Mandat entfällt. Jeder Landesverband mit mindestens 1000 Schekelzahlern hat das Recht auf einen Delegierten. In Ländern, in denen es mehrere Gruppen gibt, die nur einen Delegierten entsenden können, wird dieser Delegierte der stärksten Gruppe entnommen. Landesverbände, die weniger als 1000 Schekel abführen, erhalten das Recht, sich mit einem anderen Landesverband zwecks Erreichung der notwendigen Schekelzahl zu vereinigen.

Kongreßwahlmodus. Die Wahlen zum Kongreß sind direkt und geheim, die Exekutive ist aber berechtigt, im Falle der Nnotwendigkeit auf Antrag der Verbände Ausnahmen zu bewilligen.

Es wird beschlossen, daß die Wahlen zum Kongreß nach dem Proportionalwahlrecht vorgenommen werden sollen.

Hiezu wird die Erklärung des Präsidenten zu Protokoll gegeben, daß die Exekutive verpflichtet ist, dem Legitimationsausschuß zu berichten, aus welchen Gründen die Ausnahmen in bezug auf das direkte und geheime Wahlrecht gemacht worden sind, damit der Legitimationsausschuß darüber dem Plenum des Kongresses berichten kann.

Kongreßtermin. Es wird beschlossen, daß der nächste Zionistische Kongreß im Sommer 1921, spätestens vor Rosch-Haschana, stattfinden soll. Die endgültige Fixierung des Termines soll von einer im Jänner abzuhaltenden Sitzung der kontrollierenden Instanz vorgenommen werden.

Außerdem wird beschlossen, den Wunsch zu äußern, den nächsten Kongreß nach Palästina einzuberufen.

Schekel. Es wird beschlossen, den Schekel für jedes Land einheitlich festzusetzen.

Es wird beschlossen, den Schekel auf 1 Dollar, beziehungsweise 5 Schilling und die entsprechenden Werte festzusetzen, jedoch der Exekutive die Ermächtigung zu geben, für die Länder mit schlechter Valuta den Schekel nach Anhörung der betreffenden Verbände in einer angemessenen Höhe des Geldwertes des Landes zu bestimmen.

Schekelquittung. Es wird beschlossen, daß Schekel von Sonderverbänden als solche kenntlich gemacht werden müssen. Abgesehen davon, sollen alle Schekelquittungen einen einheitlichen Text haben. Die Schekelbücher dürfen nur von der Exekutive oder in deren Auftrag ausgegeben werden.

Großes Aktionskomitee. Das Große Aktionskomitee bildet den dauernden Ausschuß der Jahreskonferenz. Es ist das kontrollierende Komitee für alle Angelegenheiten der Zionistischen Organisation und setzt das Budget fest, sofern es nicht von der Jahreskonferenz festgesetzt ist. Es muß wenigstens alle sechs Monate von der Exekutive zu einer ordentlichen Sitzung einberufen werden. Auf Antrag von wenigstens einem Fünftel seiner Mitglieder hat die Exekutive jederzeit mit einer Frist von höchstens sechs Wochen das Große Aktionskomitee einzuberufen.

Das Große Aktionskomitee besteht aus 45 Mitgliedern, welche von der Jahreskonferenz gewählt werden, und aus den Mitgliedern des Engeren Aktionskomitees. Es ist beschlußfähig, wenn wenigstens ein Drittel der von der Jahreskonferenz gewählten Mitglieder anwesend ist. Die Fraktionen haben das Recht, die von ihnen zum Großen Aktionskomitee vorgeschlagenen Personen zurückzuziehen und durch andere zu ersetzen.

Nach längerer Debatte wird über Antrag de Haas beschlossen, das Recht der Zurückziehung und Ersetzung der Mitglieder des Aktionskomitees auch den Landesverbänden zu bewilligen.

Kongreß. Die Mitglieder des Engeren Aktionskomitees haben auf dem Kongreß Sitz und Stimme. Die Mitglieder des Großen Aktionskomitees haben ein Beratungsrecht, das Stimmrecht nur dann, wenn sie Kongreßdelegierte sind.

Ferner wurde von der Konferenz der Wunsch ausgedrückt, eine der beiden jährlich einzuberufenden Sitzungen des Großen Aktionskomitees in Palästina abzuhalten.

Die

Vormittagssitzung vom 21. Juli

(Vorsitz Louis Lipski) befaßte sich mit der Frage der

Landes- und Sonderverbände.

In der Debatte, welche sich um die Möglichkeit der formellen Anerkennung der neu entstandenen Sonderverbände drehte, sprachen die Delegierten de Haas, Ben Gorion, Dr. Hantke, Boris Goldberg, Olschwanger, Mereminsky, Reiger, Kaplan und Adolf Böhm, welch letzterer in der Frage der Sonderverbände ausführte, jede lebendige Gemeinschaft müsse von Zeit zu Zeit ihre Organisationsform dem wechselnden Leben anpassen. Im Osten sei in den letzten Jahren eine große Umwälzung auch in der Denkweise der zionistischen Jugend vor sich gegangen, die sich in der Bildung von Fraktionen ausgesprochen habe. Diese tatsächlich bestehenden Fraktionen müßten nunmehr auch formell anerkannt werden. Ueberhaupt müsse die Zionistische Organisation den Weg der Fraktionsbildung beschreiten, um allen Juden, welche Weltanschauung sie immer auch vertreten mögen, Raum zur Mitarbeit für das jüdische Volk zu geben.

Nachdem der Antrag Dr. Hantke: „Alle Verbände der Organisation, seien es Landes- oder Sonderverbände, sind verpflichtet, sich an der Aufbringung des Budgets der Zionistischen Organisation zu beteiligen", mit 51 gegen 27 Stimmen angenommen worden war, erhob die Jahreskonferen mit überwiegender Mehrheit den Antrag der Organisationskommission in Frage der Landes- und Sonderverbände zum Beschluß, welcher lautet:

„Die Organisationskommission fordert die Exekutive auf, für die Zeit bis zum nächsten Kongreß die tatsächlich bestehenden Zentralen von Sonderverbänden als solche defacto anzuerkennen und mit ihnen in der gleichen Weise wie mit Landesverbänden zu korrespondieren.“

Die Nachmittagssitzung am 21. Juli wurde von Lord Rothschild eröffnet. Dr. Hantke führte folgendes über den Stand der

Organisation

aus: Unsere Beschlüsse haben Details der Organisation zum Gegenstand, ohne daß ein ausführlicher Bericht über dieOrganisationsarbeit vorgelegt worden wäre. Es ist kaum an der Zeit, dies nachzuholen, und ich will daher nur einige allgemeine Bemerkungen machen. Wir sind zu dieser Konferenz nicht nur mit gewissen politischen Ergebnissen gekommen, sondern auch mit einer Organisaton, die über

1,000.000 organisierte Zionisten

umfaßt. Das bedeutet, daß von den drei Millionen erwachsener Männer, die die jüdische Bevölkerung in den organisatorisch erreichbaren Ländern zählen dürfte, etwa ein Drittel organisiert ist. Wenn wir im Kriege immer gesagt haben, daß die zionistische Organisation die Vertretung des jüdischen Volkes darstellt, so ist das jetzt auch durch Zahlen bewiesen. Diese zionistische Organisation ist nicht eine politische Organisation in dem Sinne, wie die politischen Parteien in irgendeinem Lande. Alle geistigen Strömungen, die sich im jüdischen Volke in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben, waren von dieser unserer Zionistischen Organisation getragen. Nur in dieser Organisation war es den geistigen Führern im Judentum möglich, eine Tribüne zu finden, von der aus sie zum Volke sprechen konnen. Unsere politischen Erfolge sind von einzelnen Männern erreicht worden, aber die Kraft der Durchführung fanden diese Männer in dem Bewußtsein, daß eine so starke Organisation mit einer organisierten, öffentlichen Meinung hinter ihnen stand. Und gleichfalls wr es die Organisation mit ihrem Zusammenwirken in den verschiedenen Zentren der Welt, die während des Krieges die Grundlagen des neuen Palästina, den jüdischen Jischuw, erhalten hat. Die Zionistische Organisation ist die einzige internationale Organisaton, die den Krieg überdauerte, sie ist die einzige, die etwas zustande bringen konnte, wie diese Konferenz, wo wirklich die Vertreter der Juden aller Länder Zusammengekommen sind und deren Debatten ausschließlich von unseren eigenen Differenzierungen und nicht von etwas außerhalb Stehenden getragen sind. Vom Jahre 1913 bis heute sind wir von einer Zahl von 140.000 Schekelzahlern auf

1,060.000 Schekelzahler

gekommen. Es genügt aber nicht, daß wir eine straffe Vereinsorganisation von soundsoviel Landes- und Sonderverbänden mit soundsoviel Schekelzahlern haben, sondern unsere Organisation muß fähig sein, die nationale Bewegung zu tragen und das Leben des Volkes zu beeinflussen. Dazu braucht sie die Mitarbeit aller Männer, die auf der Grundlage unserer Forderung stehen, und muß alles vermeiden, was nach Ketzerriecherei aussieht. Wir haben die größten Zwangsorganisationen zusammenbrechen sehen und haben gesehen, daß unsere freiwillige Organisation fester stand als sie alle. Weil ein Wille in uns gelebt hat, und diesen Willen wollen wir uns erhalten. Die Seele unserer Bewegung st unser Glaube an die nationale Zukunft unseres Volkes und an Palästina.

Boris Goldberg berichtet über die

Finanzen der Organisation.

Der schriftlich verteilte Bericht über die Zeit vom März 1919 bis Mai 1920 schließt mit einem Betrag von 582.000 Pfund Sterling ab, ein Betrag, der in der Geschichte unserer Organisation noch nicht dagewesen ist. In diesen 15 Monaten wurden uns größere Mittel zur Verfügung gestellt, als in den ganzen vorhergehenden 22 Jahren unserer Arbeit. Zwei Momente müssen als charakteristisch hervorgehoben werden. Bei den Ausgaben liegt das Schwergewicht in Palästina, wohin 80 Prozent unserer Gelder gegangen sind. Bei den Eingängen spielt Amerika eine ähnliche Rolle. Daneben haben sich noch Südafrika, Kanada und, in einem gewissen Maße, auch England hervorgetan. Es muß die Hoffnung und der Wunsch ausgesprochen werden, daß sich die mehreren Landesorganisationen ihre Pflicht in finanzieller Beziehung tun. Insbesondere gilt das für den Schekel, durch den von nun ab alle Ausgaben der Organisationen gedeckt werden sollen, damit die Einnahmen des Keren Hajesod und des Palästina-Aufbaufonds vollständig für Palästina verwendet werden können.

Fromerson (Amerika) berichtet für die Kommission über Budget und Finanzen der Organisation und legt in deren Namen folgende Resolutionen vor:

1. Die Kommission hat die der in Memorial Hall abgehaltenen Jahreskonferenz vorgelegte Bilanz der Zionistischen Organisation für die Zeit vom 1. März 1919 bis zum 31. Mai 1920 nebst der Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben geprüft, mit den ihr vorgelegten erläuternden Ausgaben verglichen und in Ordnung befunden.

Die Kommission schlägt der Jahreskonferenz vor, der Exekutive für die erwähnte Periode sowie der Zionist Commission in Plästina für die Zeit vom 1. März 1919 bis zum 29. Februar 1920 auf Grund der von letzterer vorgelegten Abrechnungen Decharge zu erteilen unter gleichzeitiger Darbringung ihres Dankes an Herrn Goldberg für seine ordnungsmäßige Geschäftsführung.

2. Die Kommission hat davon mit Befriedigung Kenntnis genommen, daß weitere Maßnahmen zur Ausgestaltung der Kontrolle der Finanzen der Organisation in Aussicht genommen sind. Insbesondere billigt sie die bereits getroffenen Maßnahmen, daß die Bücher durch die Auditors halbjährlich zu kontrollieren sind.

Die Kommission spricht den Wunsch aus, daß die monatlichen Abrechnungen der Zionist Commission künftighin auch in hebräischer Sprache abgefaßt werden, daß jedoch zur Erleichterung der Kontrolle in London und speziell der Tätigkeit der englischen Auditors englische Uebersetzungen beigefügt werden.

Die Kommission erachtet es gleichfalls für wünschenswert, daß Geschäftsjahr der Londoner Buchführung mit den Büchern der Zionst Commission in Palästina, das heißt mit dem am 1. Tischri beginnenden jüdischen Kalender, künftighin möglichst in Uebereinstimmung zu bringen.

Der Berichterstatter bemerkt ferner, daß eine besondere Subkommission die Gehälter der Beamten der Organisation geprüft und festgestellt hat, daß diese mit Rücksicht auf die Teuerung zu niedrig seien. Sowohl die Resolutionen der Kommission als auch deren Empfehlungen für das Aktionskomitee wurden angenommen.

Der von Boris Goldberg begründete Antrag der Finanzkommission, daß die Landesverbände verpflichtet sein sollen, monatlich ein Zwölftel der Schekolim abzuführen, wird in folgender, von Dr. Horowitz beantragten Abänderung angenommen:

Die Landesverbände werden verpflichtet, vom 1. Juli 1920 ab die von ihnen gesammelten Schekolim allmonatlich an die Zentrale abzuführen. Die Abrechnung zwischen der Zentrale und den Landes- und Sonderverbänden erfolgt am Ende des Budgetjahres.

Bezüglich des

Budgets,

das mit 86.000 Pfund Sterling präliminiert ist, wird nach längerer Debatte, während welcher Dr. Klee den Vorsitz übernimmt, über Antrag Rosoff beschlossen, das Budget der Exekutive zu übergeben, die darüber gemeinsam mit dem Großen Aktionskomitee zu beschließen hat. Ferner wird folgender Antrag der Budgetkommission angenommen:

Die Kommission hält es für unerläßlich, daß behufs Gesundung und Stabilisierung der Finanzen der Organisation die gesamten Ausgaben für die Aufrechterhaltung der Organisation und ihrer Arbeit auf politischem, organisatorischem, administrativem und propagandistischem Gebiet durch den Schekel voll gedeckt werden sollen.

Hierauf erstattet Dr. Schalit den Schlußbericht der politischen Kommission, der in folgendem, unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommenem Antrag gipfelt:

In dem Augenblick, in dem das jüdische Volk sich anschickt, seine gesamten Kräfte für den Wiederaufbau seiner historischen Heimat einzusetzen, bekundet es feierlich den Entschluß, mit der nichtjüdischen Bevölkerung in Frieden und Freundschaft zu leben. Das jüdische Volk ist von dem Bewußtsein erfüllt, daß der Wiederaufbau des jüdischen nationalen Heims allen Teilen der Bevölkerung, insbesondere den werktätigen Schichten, die Voraussetzung für eine freie, auf allen Gebieten unbehinderte Entwicklung geben wird. Die Jahreskonferenz der Zionistischen Weltorganisation bestätigt so in Uebereinstimmung mit früheren Erklärungen, daß das jüdische Volk seine nationale Heimstätte in Palästina auf der unerschütterlichen Grundlage der Gerechtigkeit aufbauen will.

Namens der Minortät der politischen Kommission bringt Gravitzky folgende Resolution ein:

Die Zionistische Jahreskonferenz erkennt die hohe Bedeutung und die dringende politische Notwendigkeit, die Juden Palästinas zu organisieren und ihre nationalen Interessen auf der Basis einer internen Selbstverwaltung zu ordnen. Die Jahreskonferenz betrachtet es als notwendig, die nationale Vertretung (Assefath Haniwcharim) einzuberufen.

Nachdem Dr. Weizmann sich dafür ausgesprochen hat, wird das Minoritätsvotum angenommen.

Als nächster Punkt der Tagesordnung kommt der Bericht der Emigrationskommission zur Verhandlung. Referent Adolf Böhm teilt mit, daß die eigentlich nur zur Redaktion der Thesen eingesetzte Subkommission eine völlige Einigung aller Fraktionen zustande gebracht hat. Referent verliest die Thesen der Kommission. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit verschiebt der Vorsitzende die Abstimmung auf die Donnerstagsitzung.

•

Die weiteren Beratungen der Konferenz waren dem Weltkongreß, Kulturangelegenheiten, PalästinaFinanzfragen und den Wahlen gewidmet. — Es wird eine Resolution angenommen, nach der möglichst bald ein jüdischer Weltkongreß einberufen werden soll. In der Debatte über den Bericht der Kulturkommission, welche auch die Unterstützung der Erziehungsarbeit in der Diaspora für eine Angelegenheit der zionistischen Organisation erklärt, sprachen die Amerikaner gegen diesen Punkt. Die Resolution wurde gegen ihren Widerspruch schließlich angenommen. Der Antrag auf Begründung einen eigenen Keren Hajessod, eines Kolonisations- und Immigrationsfonds wird mit großer Begeisterung angenommen und sofort die Zeichnung eröffnet. Schließlich wurde ein neues Aktionskomitee und Exekutive gewählt; an der Spitze der Organisation stehen nun: Justice Brandeis als Ehrenpräsident der zionistischen Organisation, Ch. Weizmann, als Pr.sident der zion. Organsaton und Nahum Sokolow als Vorsitzender der Exekutive. — Weiters wurden zwecks Herbeiziehung von Kräften, die bisher außerhalb der zionistischen Bewegung gestanden sind, zwei neue Körperschaften zur Unterstützung der Organisation geschaffen: Ein wirtschaftlicher Beirat (Economic Council),), der in den nächsten Tagen gebildet werden soll, und ein Board of Trustees, zur Kontrolle der Finanzen der Organisation. Letzterer besteht aus: Sir Alfred Mond, Lord Rothschild und Bernard Flexner. — Mit Ansprachen Sokolows und Brandeis wurde die Konferenz am 22. Juli um 12 Uhr Mitternacht geschlossen. (Wir bringen aus Raummangel den ausführlichen Bericht über den letzten Tag der Konferenz erst in der nächsten Nummer.)

Das Universitätsprojekt auf der zionist. Jahreskonferenz.

Seitens des Erziehungsdepartements wurde der zionistischen Jahreskonferenz in London ein Bericht über die Vorbereitungen zur Schaffung der Univesität in Jerusalem und einer Technik in Haifa vorgelegt. Die Universität soll in möglichst kurzer Zeit eröffnet werden und soll zunächst keine komplette sein. Die wird am Anfang lediglich aus Forschungsinstitutionen für Physik, Chemie, Mikrobiologie, einem Institute für die hebräische Sprache und einer Anstalt für die Wissenschaft des Judentums mit Einschluß eines allgemeinen humanistischen Kurses.

Die Schaffung einer vollständigen Universität ist zur Zeit sowohl aus Schwierigkeiten technischer Natur als auch aus prinzipiellen Gründen fast unmöglich. Abgesehen von den technischen Schwierigkeiten wie der Mangel eines entsprechenden Gebäudes in Jerusalem, den ungeheuren finanziellen Anforderungen u. a., so ist im jetzigen Moment die jüdische Bevölkerung Palästinas viel zu klein, um eine so große Höreranzahl beistellen zu können, daß die Schaffung einer kompletten Universität gerechtfertigt wäre. Dazu kommt noch der Mangel einer durchgebildeten wissenschaftlichen Terminologie in der hebräischen Sprache, der Mangel an Bibliotheken, wissenschaftlichen Korporationen, mit einem Worte an allem, was die spezifistische wissenschaftliche Atmosphäre schafft, die allein für eine produktive Arbeit einer Universität, wie auch für deren Niveau von fördernder Bedeutung sein kann. Diese Umstände ließen es notwendig erscheinen, in kleinem zu beginnen und die geschaffenen Institute allmählich zu Fakultäten einen Universität zu entwickeln und auszubauen.

Um sich die Mitabeit von Fachleuten zu sichern, hat das Erziehungsdepartement ein Beratungskomitee ins Leben gerufen, zu dem Spezialisten in allen Universitätsfragen gehören. Gleichzeitig arbeitet ein anderes Komitee unter Prof. Warburg in Berlin und auch in Paris soll eine ähnliche Institution geschaffen werden. Viele Gelehrte von Weltruf wie Einstein, Wassermann und Freud haben ihr lebhaftes Interesse bekundet und ihre Mitarbeit für eine hebräische Universität versprochen.

Mit Hilfe dieser Komitees wurden bereits Pläne für die Einrichtung der zu schaffensen Institute entworfen. Zu Beginn wird ein jedes der Institute nicht mehr als 6 Lehrkräfte (2 Professoren, 2 Dozenten und 2 Assistenten) erfordern. Von den einzuführenden Forschungszweigen werden in erster Reihe jene berücksichtigt werden, welche geeignet sind, die allgemeine Entwicklung des Landes zu fördern. In dieser Richtung wird auch die Spezialisierung dieser Institute gehen. Die Anstalt fürr die Wissenschaften des Judentums

wird zu Beginn ebenfalls im bescheidenen Umfange bestehen und einen Lehrkörper von 12—14 Mann erfordern.

Was die Ausstattung dieser Institute betrifft, so wurde in einer der wichtigsten Fragen ein großer Schritt nach vorwärts gemacht. Die zionistische Organisation hat die alte, von Dr. Chasanowitsch gesammelte „Beth Neeman“-Bibliothek, die gegenwärtig 40.000 Bände zählt, übernommen und für eine gute Verwaltung vorgesorgt. Dr. Hugo Bergmann, gewesener Beamter der Universitätsbibliothek in Prag, hat sich bereits nach Jerusalem begeben, um die Verwaltung der Bibliothek zu übernehmen. Es wurden auch Schritte unternommen, um entsprechende Ergänzung für diese Büchersammlung sicherzustellen. Besonders hervorzuheben ist der Umstand, daß die holländische Akademie als erste ihre Unterstützung der hebräischen Universität versprochen hat. Es müssen aber auch sonst überall Bücher von Gesinnungsgenossen und Freunden der hebräischen Universität gesammelt werden, besonders solche für Mathematik, Physik, Chemie und Mikrobiologie und solche allgemeinen oder speziell jüdischen Inhaltes.

Das jährliche Budget für alle Institute, einschließlich des Institutes für hebräische Sprache und der Abteilung für die Wissenschaften des Judentums beläuft sich auf 40—45.000 Pfund Sterling. Inwiefern keine unvorhergesehenen Hindernisse in den Weg trete, wird die Eröffnung dieser „Voruniversität“ im Frühling oder Herbst 1922 stattfinden.

Was das Technikum in Haifa anbetrifft, so wird der Vorkriegsplan jetzt einer Revision unterzogen und wesentliche Abänderungen darin gemacht werden. Es wird beabsichtigt, die Bauingenieurabteilung auf Kosten der Maschinenbauschule zu erweitern. Auch gibt es noch unter den Fachleuten Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Nützlichkeit und Unerläßlichkeit verschiedener Laboratorien und Werkstätten, die im Vorkriegsplan vorgesehen werden. Zur Erleichterung des Studiums am Technikum hat das Erziehungsdepartement die Ausgabe eines technischen Wörterbuches in hebräischer Sprache veranlaßt. Das Werk wird die ganze wissenschaftliche und mechanische Terminologie enthalten und ca. in einem Jahre in Palästina erscheinen. Das Technikum wird zu Beginn einen jährlichen Aufwand von 8—9000 Pfund und die Werkstätten 6—7000 Pfund erfordern. Die Eröffnung wird für Herbst 1921 geplant.

Aus der zionistischen Bewegung.

Die Palästinawanderung.

Die Informationsabteilung des Aktionskomitees des „Weltverbandes Hapoel-Hazair—Zeire-Zion“ Wien teilt in ihrem letzten Bulletin unter anderem folgendes mit:

Nach der im Monate April in Prag stattgefundenen Weltkonferenz wurde in Wien das Hauptemigrationsamt („Misrad ha-Alijah ha-raschi“) errichtet. Mitglieder des Emigrationsausschusses sind: Zwi-Jehuda, Ada Fischman, Meir Henisch, Dr. Chaim Tartakower, Jizchak Wachsmann; als Vertreter des „Hechaluz“ in Deutschösterreich Dr. Gelber.

Die Adresse des Hauptemigrationsbureaus ist: Wien I., Fleischmarkt 22, 2. Stock, 2. St.

Als Zweigstellen des „Wad-ha-Alijah“ wurden in den einzelnen Ländern nachstehende Emigrationsbureaus errichtet:

Für Polen in Warschau:. Dieses Emigrationsbureau veröffentlicht bereits Kundmachungen betreffend die Alijah (=Einwanderung nach Palästina) und ihre Organisierung.

Für Weißrußland in Minsk;
für Littauen in Wilna;
für Deutschland in Berlin;
für die Tschechoslowakei, Bratislava (Turnergasse 3a);
Oesterreich, Wien (Adresse siehe oben!).

Im Laufe des Monats April und Mai passierten das Wiener Emigrationsamt auf ihrer Reise nach Erez-Israel 254 Chaluzim und Chaluzoth, hievon 213 in Kwuzoth(=Siedlung=gruppen) organisiert, der Rest Einzelne. Nach den Heimatsländern verteilen sie sich wie folgt: 168 aus Galizien, 42 aus Polen, 17 aus Oesterreich, 8 aus Ungarn, 2 aus Tschechoslowakin und je 1 aus Rußland, Littauen und Holland. (Bei dem Rest ist das Heimatsland nicht vermerkt).

Der größte Teil der Chaluzim befindet sich im Alter von 18 bis 26 Jahren. — Von den 254 Pionieren sind bloß 4 verheiratet, der Rest ist ledig. — 70% sprechen mehr oder weniger hebräisch. Der überwiegende Teil ist in der Landwirtschaft ausgebildet; viele gehören speziellen Berufskategorien an.

Laut Meldung der landwirtschaftlichen Sektion des Hapoel-Hazair in Jaffa, wurden alle Mitglieder dieser Gruppe bereits zur Arbeit eingeteilt.

Die landwirtschaftliche Sektion des Hapoel-Hazair beginnt mit der Herausgabe einer „Landwirtschaftlichen Beilage“ zur Wochenschrift ds Jaffaer „Hapoel-Hazair“ unter dem Namen „Hassadeh“ (Das Feld), die ausschließlich landwirtschaftlichen Fragen gewidmet sein wird.

Die Redaktion wurde dem Chawer Elieser Joffe übertragen.

*

Aus der letzten Nummer des „Hapoel-Hazair“:

Im Hafen von Jaffa wurde durch die dortige „Hechaluzorganisation“ ein „Chaluz-Heim“ eröffnet. Dieses Heim ist für unsere in Erez-Israel eintreffenden Pioniere bestimmt; es ist für Schlaf- und Speiseräume eingerichtet.

Mit dem Dampfer „Tyrol“ kamen diese Woche aus Triest 60 Chaluzim, die einen sehr guten Eindruck machen; die Mehrzahl hat in Landarbeitergruppen in Oesterreich und Polen gearbeitet, und spricht gut hebräisch. Sie sind kräftig, gesund. Sie wurden in ihre Quartiere gebracht und zur Arbeit eingeteilt.

Mit dem Schiffe, das aus Konstantinopel kommt, erwartet man 50 Chaluzim aus Südrußland. — Zur Aufnahme der in den nächsten Wochen eintreffenden Chaluzim wird zu den bereits bestehenden 2 Baracken eine weitere große errichtet.

Landeskonferenz des Misrachi in Kaschau.

Die Landskonferenz der zionistischen Föderation Misrachi in der tschechoslowakischen Republik fand unter großer Beteiligung von Delegierten aus allen Teilen der Slowakei und lebhaftem Interesse des Kaschauer jüdischen Publikums im größten Saale der Stadt, im Schalkház, statt. Es waren 69 Delegierte anwesend. In Vertretung des zionistischen Zentralkomitees für die Tschechoslowakei waren die Herren Dr. Ferbstein (Prešov), Emil Neumann (Neutra) und Georg Langer (Prag) erschienen.

Der Delegiertentag wurde durch eine längere hebräische Rede des Präsidenten des vorbereitenden Komitees, Dr. Siegfried Steiner (Bratiolava) eröffnet, worin er die programmatischen Hauptgrundsätze des Misrachi, dessen Aufgabe innerhalb der zionistischen Gesamtorganisation und die Wichtigkeit des Misrachi speziell in der Slowakei darlegte.

Das Resultat der Konferenz zeigen folgende zur Annahme gelangten Resolutionen:

Organisation:

Die Landesföderation Misrachi im tschechoslowakischem Staate umfaßt alle in diesem Staate wohnenden, den Misrachi-Schekel zahlenden Mitglieder des misrachistischen Weltverbandes, welcher einen Teil der zionistischen Weltorganisation bildet.

In solchen Orten, wo die geringe Anzahl von Mitgliedern die Bildung eines besonderen Misrachivereines als untunlich erscheinen läßt, bleibt es den Misrachi-Schekelzahlern unbenommen, der daselbst bestehenden oder sich gründenden allgemeinen zionistischen Ortsgruppe beizutreten, bzw. in deren Verband zu verbleiben, doch müssen die betreffenden Schekelbeträge samt der Föderationssteuer an die misrachistische Landesföderation abgeführt werden.

Es wird allen Misrachivereinen zur Pflicht gemacht, unter voller Wahrung ihres misrachistischen Charakters die allgemeinen zionistischen Organisationen und deren Leitungen in allen Arbeit tatkräftig zu unterstützen.

Zur Sicherung des dauernden organisatorischen Zusammenhanges mit dem zionistischen Verbande für den tschechoslowakischen Staat in allen gemeinsam zu behandelnden Angelegenheiten ist die Landesföderation Misrachi bereit, eine Anzahl von Vertretern laut einer freien Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Verbandsleitungen in das Z. K. des zionistischen Landesverbandes zu entsenden.

Gemeindefragen.

„Der Delegiertentag des Misrachi in der Slowakei steht auf dem Standpunkte der Demokratisierung des Gemeindewahlrechtes, sowie der institutiven Sicherung des thoratreuen Charakters der konservativen Kultusgemeinden in der Slowakei. Der Delegiertentag fordert das zu wählenden Landeskomitee auf, in diesem Sinne bei den Regierungsstellen zu intervenieren und sich zu diesem Zwecke mit anderen bestehenden und noch zu schaffenden Organisationen ins Einvernehmen zu setzen.“

Misrachi und Volksverband.

Der Delegiertentag des Misrachi in der Slowakeisi nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß der Volksverband der Juden für die Slowakei nichts unternmmit und zu unternehmen beabsichtigt, was den religiösen Interessen des konservativen Judentums in der Slowakei zuwiderläuft, sondern die Wahrung dieser Interessen den hiezu berufenen autonomen Körperschaften überläßt.

Der Delegiertentag nimmt ferner mit Befriedigung zur Kenntnis, daß der Volksverband der Juden für die Slowakei bei allen wichtigen Entschließungen auch misrichistische Vertreter heranzieht und an der Entscheidung teilnehmen läßt. Daher begrüßt der Delegiertentag den Volksverband und empfiehlt allen Misrachisten dessen tatkräftige moralische und materielle Unterstützung.

Wahlen.

Als Mitglieder des Landesföderationskomitees wurden gewählt: Adolf Klafter, Chaim Karniol (Bardiov), Moses Grauß (Velké Topolčany), Emil Hartmann, Hermann Willner (Prešov), Emil Neumann, David Kohn (Neutra), Dr. Siegfried Steiner, Em. Katzburg, Simon Fisch, M. J. Müller (Bratislava), Siegmund Leitner (Piešťany), Jakob Herschkovitz, Heinrich Günzler (Ungvár), Jenö Roth (Novs Zámky), Alexander Fischgrund, Aron Hellinger (Mihalovce), Josef Fischer (Senica). Als Ehrenmitglieder des Föderationskomitees wurde Herr Hermann Kopp (Héthars), gewählt. Als Sitz der Föderation wurde einstimmig Bratislava bestimmtm.

Den Höhepunkt der Tagung bildete die Rede des misrachistischen Führers Rabbiner Dr. Viktor Schönfeld aus London, die auf die Konferenz einen gewaltigen Eindruck machte.

Plenarsitzung des jüd. Nationalrats in Karlsbad.

Anläßlich der Welthilfskonferenz, welche vom 1. bis 8. August in Karlsbad tagen wird, hält der Jüdische Nationalrat eine Plenarsitzung ab. Dieselbe findet im Sitzungssaale des „Bayrischen Hofs“ statt und beginnt Montag, den 2. August um ½8 Uhr abends und wird am 3. fortgesetzt und zuende geführt.

Gleichzeitig findet die konstituierende Sitzung der auf dem Brünner Kongreß der Vereinigten Jüdischen Parteien neugewählten Reichsexekutive der Vereinigten Jüdischen Parteien ebendort statt.

Die Tagesordnung wurde wie folgt festgesetzt:

1. Bericht über die Tätigkeit des J. N. R. seit dem Brünner Kongreß.
2. Mitteilungen des Vertreters der Pariser Délégations juives.
3. Finanzfragen.
4. Schulfragen.

Konstituierung der Reichsexekutive.

1. Bericht über die jüdische Frage in der Slowakei.

2. Karpatorussische Angelegenheiten. Parlamentswahlen, soz. Fürsorge, Zeitung.)
3. Eventualia.

Der Blau-Weiß-Tag in Teschen. Vom 12.—14. Juli fand der mehrfach angekündigte Blau-Weiß-Tag in Teschen statt. Nach prächtiger Wanderung in die Bielitzer Berge, fand eine Besprechung statt, die sehr fruchtbringend verlief. Gegenüber verwirrenden Zeitströmungen wurde als Leitaufgabe des Blau-Weiß die erkannt, die jüdische Jugend zur Arbeit für das aktive Judentum und für Palästina heranzubilden. Die unerläßliche Voraussetzung hiezu bildet die Hebraisierung, die daher mit aller Energie durchzuführen ist.

Die bisherige Organisationsform — der Kreis- und Bundesleitung — wurde, da nur am Papier bestehend als überflüssig verworfen. Hingegen folgte aus der Erkenntnis unserer Aufgabe eine innigere Fühlungnahme mit den zionistischen Instanzen. Daher wählten die versammelten Bünde einen Wanderer, der der zuständigen zionistischen Behörde — das ist in diesem Falle das mähr. schles. Distriktskomitee in M.-Ostrau — zur gemeinsamen Arbeit vorgeschlagen wird. Diesem Leiter obliegt gleichzeitig die Regelung aller rein technischen Fragen, die über den Rahmen der Ortsgruppe hinausgehen, die Sammlung und Vermittlung von Anregungen, die Einberufung von Besprechungen mehrerer Bünde.

Wir bitten die Ortsgruppen des Blau-Weiß und alle isoliert arbeitenden Blau-Weißen im Aktionsbereiche des mähr. schles. Distrstiktskomitees ihre Adresse unserem gewählten Leiter Oskar Mammer, Jägerndorf, Hohe Seite, ehestens bekanntzugeben und sich an ihn in allen in Betracht kommenden Fällen zu wenden. Besonders werden als Chaluzim arbeitende Blau-Weiße zwecks Ermöglichung einer speziellen Blau-Weiß-Aktion um Meldung gebeten.

Rundschau.

Inland.

Die antisemitischen Ausschreitungen in Karpathorußland.

Wir haben bereits in unserer Nummer vom 5. Juli l. J. über die antisemitischen Ausschreitungen von Soldaten und Gendarmen in Kločanov bei Munkacz berichtet, insbesondere über den räuberischen Ueberall des jüdischen Wirtshauses der Witwe Salomon und über die darauffolgenden wüsten Judenprügeleien in Munkacz. Das Zionistische Zentralkomitee hatte auf diese Meldungen hin seinen Sekretär beauftragt, genaue Informationen über diese Vorfälle einzuziehen. Die Protokolle, die der Sekretär ordnungsmäßig aufgenommen hat und die uns nun vorliegen, zeigen nicht nur, daß sich alles so abgespielt hat, wie bereits berichtet worden ist, sondern auch, daß die Vorfälle infolge des Verhaltens der Behörden ein viel ernsteres Aussehen haben. Es ist nicht ganz klar, ob die Soldaten, welche das einsame Wirtshaus Salomon überfallen haben, eine ordnungsmäßige Patrouille oder Räuber waren. Merkwürdigerweise sind — nach den Mitteilungen des Verteidigers Dr. Reisman in Beregszaz die militärischen Behörden der Ansicht, daß es sich um eine regelrechte Patrouille gehandelt hat, was freilich ein sehr eigenartiges Licht auf die dortigen militärischen Gewohnheiten werfen würde.

Noch manches Andere macht uns stutzig. Obwohl es den Behörden bekannt sein mußte, wie roh Militär und Gendarmerie mit den Juden verfahren sind, ließ man doch die unglückliche Familie Salomon in der Hand der Gendarmen, die die Frau dergestalt marterten, daß sie nach ärztlicher Aussage neben vielen äußerlichen Wunden, auch eine innere Verletzung davontrug.

Vor allem ließ man die Soldaten, die sich so vergangen hatten, ruhig weiter in derselben Garnison, so daß die dortige Judenschaft in steter Angst lebt. Die Familie Salomon aber ließ man ohne Grund und ohne daß ihr bisher eine Genugtuung zuteil geworden wäre, drei Wochen in Haft; der einzige Sohn der Witwe ist noch jetzt nicht freigelassen worden.

Es ist notwendig, daß die kompetenten jüdischen Körperschaften die hiesigen Regierungskreise auf diese unglaublichen Zustände gebührend aufmerksam machen und auf das energischeste Remedur und Wiedergutmachung verlangen.

Von der jüdischen Welthilfskonferenz.

Aus Paris wird gemeldet: Zum Komitee der jüdischen Delegationen kommen täglich neue Mitteilungen von jüdischen Organisationen und Hilfsinstitutionen über die Entsendung von Delegierten zur jüdischen Welthilfskonferenz, welche am 1. n. M. in Karlsbad eröffnet werden wird. Folgende Organisationen haben bereits die Wahl ihrer Delegierten vorgenommen: 1. Central Relief Committee in Amerika, 2. Delegation des jüdischen Nationalrates für Ostgalizien (Del. Dr. Gelber), 3. Relief Found of the British Jewish Workmen (Red. Moritz Meyer), 4. Zentralrat der jüdischen Handwerker in Polen, 5. Zentrale des jüdischen Rettungskomitees für Ostgalizien in Lemberg (Del. Dr. Emil. Parnas, Vorsitzender des Zentralkomitees und Dr. Heinrich Rosmarin, Mitglied der zionistischen Exekutive für Ostgalizien), 6. Zentralverband der jüdischen Gemeinden in Italien, 7. Zentralhilfskomitee der Juden Italiens, 8. Jüdischer Kongreß in Kanada (Del. Dr. Friedmann, Ottava, Mr. Levi, Balkin und Herschmann, Montreal), 9. Verband der Ostjuden in Deutschland.

Die Delegierten des People Relief Committee in New-York (Mr. Alexander Chan, Chairman, Moritz Rottenberg, Josef Shlosberg, Baruch Zuckerman, Mr. Epstein, Mr. Caldgpsk, Mr. Schächter) haben bereits New-York verlassen. Vor ihrer Abreise hat das People Relief Comittee ein Bankett veranstaltet, an dem Vertreter des Forward Associacion, der Arbeitergewerkschaften, des Arbeiterring, des nationalen Arbeiterverbandes, der Poale Zion und andere, teilgenommen haben, die alle in ihren Toasten überaus lebhaftes Interesse für den Erfolg der jüdischen Welthilfskonferenz bekundeten.

Die meisten Referate bei der Konferenz sind bereits auf die einzelnen Fachreferenten verteilt. Man erwartet zuversichtlich, daß die Konferenz von allen am wirtschaftlichen Wiederaufbau des ost- und mitteleuropäischen Judentums Interesse habenden Organisationen und Institutionen zahlreich beschickt werden wird.

Buchausstellung bei der jüdischen Welthilfskonferenz in Karlsbad. Der Jüdische Verlag und der Welt-Verlag in Berlin verstalten im Rahmen der für Anfang August nach Karlsbad einberufenen internationalen jüdischen Welthilfskonferenz eine Ausstellung jüdischer Bücher und Graphik, die ein umfassendes Bild der jüdischen literarischen Publikationen seit 1914 geben will.

Ausland.

Eine Anfrage an die österreichische Regierung wegen Ausweisung der jüdischen Flüchtlinge.

Aus Paris wird gemeldet: Das Komitee der jüdischen Delegation in Paris hat an die österreichische Regierung folgendes Schreiben gerichtet:

An das Staatsamt für Aeußeres in Wien. Das Komitee der jüdischen Delegation bei der Friedenskonferenz in Paris hat Meldungen erhalten, daß die österreichische Regierung die während des Krieges zugewanderten galizischen Juden aus ihren Wohnungen vertreiben und aus dem Lande weisen will. Das Komitee kann nicht glauben, daß die österreichische Regierung solcherart die Gesetze der Menschlichkeit und die Bestimmungen des Friedensvertrages verletzen will, und bittet um beruhigende Aufklärung.

Gez. Sokolow.

Der Völkerbund und die Minoritätsrechte der Juden in Polen.

Auf eine Anfrage Mr. Alfred Davies', was die englische Regierung auf Grund des Berichtes der unter Sir Stuart Samuel tätig gewesenen Kommission über die Lage der Juden in Polen unternommen und ob sie sich die Vorschläge Sir Samuels zu eigen gemacht habe, antwortet Mr. Harmsworth, die Regierung habe eine Abschrift des Berichtes der polnischen Regierung und ein Exemplar dem Völkerbund übersendet, damit der letztere in seiner Eigenschaft als Kontrollor des von Polen unterzeichneten Vertrages hinsichtlich der Behandlung der Minoritäten die ihm geeignet erscheinenden Maßnahmen ergreife.

Dr. Löw vor der Botschafterkonferenz.

Der französische Außenminister hat der Botschafterkonferenz in Paris den Fall des in Budapest verhafteten Oberrabbiners aus Szegedin, Dr. Löw, unterbreitet.

Die Türken unterzeichnen.

Es verlautet, daß die türkische Regierung beschlossen hat, das Friedensabkommen zu unterzeichnen, da der türkische Vertreter in Paris Reschid Pascha meldete, daß die Alliierten keinen weiteren Aufschub genehmigen würden und daß eine Verweigerung der Unterzeichnung die Vertreibung der Türkei aus Europa veranlassen würde.

Zwei Mitglieder des „Joint“ ermordet.

Vor einigen Tagen begaben sich die Delegierten des amerik. „Joint Distrib. Committee“ die Herren Dr. Kantor und Prof. Dr. Israel Friedländer, von Lemberg nach Jermoliniett in der Ukraine, um der dortigen jüdischen Bevölkerung Hilfe zu gewähren.

Auf der Landstraße wurde das Auto der Delegierten, das eine amerikanische Flagge an sichtbarer Stelle führte, beschossen, weshalb sich der Wagenführer veranlaßt sah, das Tempo zu steigern. Die Angreifer befahlen dem Wagen zu halten und da sie ununterbrochen denselben weiter beschossen, geschah dies auch. Daraufhin näherten sich die Angreifer den Delegierten und erschossen sie an Ort und Stelle. Dem Wagenführer gelang es, sich unbemerkt zu verstecken und so konnte er nun zurückkehren und die traurigen Einzelheiten dieses schauerlichen Verbrechens weitergeben. Einige Delegierten der Warschauer Abteilung des „Joint“ ist es, bei einem Aufwand ungeheurer Summen, gelungen, an den Tatort zu gelangen, um so alles feststellen zu können.

Prof. Dr. J. Friedländer wurde in Warschau geboren, kam früh nach Berlin und studierte auf dem Hildesheimerschen Seminar, promovierte dann in Breslau und war einige Zeit Professor an der Universität Straßburg. Von dort ging er nach Amerika. Er lehrte dort am jüdisch-theologischen Seminar in New York.

Der zweite Ermordete, Dr. Kantor, der Prediger in der Freien Synagoge in New York war; war 27 Jahre alt und sollte vor kurzem, im Auftrage des amerikanischen „Roten Kreuzes“ nach Palästina gehen, änderte aber plötzlich seinen Beschluß und kam im Auftrage des „Joint“ nach Polen, um an der Hilfeleistung mitzuwirken.

Palästina.

Die Strafexpedition gegen Faisul.

(Havas.) Die Blätter geben der Ansicht Ausdruck, daß, wenn Emir Faisul sich den eingegangenen Verpflichtungen entziehen sollte, die Strafe nicht lange ausbleiben würde. Die Bewegung der französischen Truppen, deren erstes Ziel die Besetzung der großen Eisenbahnlinie Damaskus—Homs—Aleppo sei, habe bereits begonnen. Das „Journal“ sagt, die Mittel, über die General Gouraud verfügt — 51 Bataillone, 22 Eskadronen, 29 Batterien mit Flugzeugen und Tanks — gestatten, die Aktion zu gutem Ende zu führen. — Dem „Matin“ zufolge werde die Einnahme von Damaskus und Aleppo in der kürzesten Zeit erwartet. — Der „Petit Parisien“ sagt, wenn sich die Kapitulation des Emirs bewahrheiten, so werde die Frage ohne Blutvergießen rasch ihre Erledigung finden. Das Blatt hofft, der Emir werde sich nach den Erklärungen Bonar Laws im Unterhause klar darüber sein, daß er nur dann Aussicht habe, seine bisherige Rolle zu behalten, wenn er das mit Frankreich geschlossene Abkommen ohne jeden Hintergedanken durchführe.

Nach einer Meldung der Agence Havas hat Emir Faisul noch keine Maßnahmen zur Durchführung des Ultimatums getroffen. Die französischen Truppen haben daher den Vormarsch gegen Damaskus angetreten, ohne bisher auf Widerstand der scherifischen Truppen zu stoßen. Die französischen Truppen dürften heute abends auf der Paßhöhe des Antilibanon ankommen und vor der Stadt Quartier aufschlagen. In die Stadt werden sie nur dann einziehen, wenn militärische Notwendigkeiten es erfordern sollten. Andere französische Truppen marschieren in der Richtung auf Aleppo. Auf Emir Faisul erfolgte von extremistischer

Seite ein Angriff, bei dem es auf beiden Seiten etwa 20 Tote gab. Belästigungen der christlichen Bevölkerung sind nicht vorgekommen.

Nachrichten aus Konstantinopel zufolge hat Kemal Pascha mit Emir Faisul und den mesopotamischen Arabern ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen.

Kriegsminister Churchill teilte im Unterhaus mit, daß die britische Ersatzkolonne am 20. Juli Rumeika erreicht habe. Am 19. Juli seien Gefechte mit 2000 Arabern bei Kut-el-Amara zu bestehen gewesen.

Die Franzosen in Damaskus.

(Letzte Nachricht.)

Die französischen Truppen sind in Damaskus eingezogen. General Gourand hat ursprünglich nicht beabsichtigt, Damaskus zu besetzen; da jedoch seine Truppen von 400 scherifischen Reitern, die mit Geschützen und Maschinengewehren versehen waren, angegriffen wurden und ein weiterer Angriff auf die Truppen bei der Bahnlinie Damaskus—Beirut gemeldet wurde, sah sich General Gourand genötigt, am 23. Juli die arabisch-türkischen Streitkräfte zu vertreiben und Damaskus zu besetzen. Der Kriegsminister Emir Faisuls, Yussuf Azim, wurde hiebei getötet. Acht Geschütze und 25 Maschinengewehre wurden eingebracht. Der Widerstand des Emirs ist dadmit gebrochen. Emir Faisul ist geflüchtet. Frankreich wird Syrien besetzen und ihm eine Verfassung nach den Wünschen der arabischen Bevölkerung geben.

Frankreich und Palästina.

„Palestine“ (das Organ des „Brissh Palestine Committee“) schildert in einer der letzten Nummern das Verhältnis Frankreichs zu den verschiedenen Problemen im nahen Osten und seine falsche Politik inbezug auf Jerusalem und Damaskus. Das große Kapital — schreibt das Blatt — welches Frankreich in seinem Interesse im nahen Osten investieren kann, ist die Entente mit England und die Entente mit dem jüdischen Volke. Frankreich hat ebenso wie England ein ausgesprochenes Interesse am Gelingen des Versuches mit einem jüdischen Palästina und diejenigen, welche Gegensätze konstruieren wollen, sind keine wahren Diener Frankreichs. Ferner führt das Blatt aus, daß die einzig vernünftige Politik, die Frankreich im Osten führen kann, die Ueberlassung der natürlichen Grenzen im Osten und Norden an Palästina und die Verbindung mit den Arabern gegen Kemal, den einzigen Störenfried im Orient, sei.

Jabotinsky kommt nach England.

(J. K. B.) Wladimir Jabotinsky trifft Ende Juli in London ein.

Sir Herbert Samuel über Herzl.

(J. K. B.) Der Oberkommissär für Palästina hat anläßlich der im ganzen Lande veranstalteten Trauerandachten für Dr. Theodor Herzl an die zionistische Kommission ein sehr eindrucksvolles Schreiben gerichtet, in welchem er den Tod des großen zionistischen Meisters beklagt, dem es nicht vergönnt war, mit eigenen Augen den Beginn der Verwirklichung seiner edlen Bestrebungen für das jüdische Volk zu sehen. Sir Herbert Samuel drückte in seinem Schreiben seine Zuversicht aus, daß das jüdische Volk alljährlich bei Wiederkehr der Andacht um den großen Herzl neue und große Etappen auf dem Wege dedr Verwirklichung des zionistischen Ideals zurücklegen wird.

Eine Versammlung der Zionisten aus den anglo-sächsischen Ländern.

Vor Eröffnung der Jahresonferenz berief Dr. Weizmann die Delegierten aus den anglo-sächsischen Ländern zu einer Versammlung ein und erklärte ihnen: „Die große politische Verantwortlichkeit, die alle Zionisten tragen, ruht in erster Reihe auf Ihnen. Die Mandatarmacht selbst, sowie alle Nichtjuden erwarten, daß die Juden selbst alles in Palästina machen. Das ist auch die Ansicht Lloyd Georges. Der Erfolg von Sir Herbert Samuel ist ein Teil Ihres eigenen Erfolges und es hängt nur von Ihnen ab, daß er ein entschiedener und vollständiger Erfolg werde.“ Dr. Weizmann betonte ferner die Wichtigkeit einer Zusammenarbeit der Jca, sowie die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu den Arabern in und außerhalb Palästinas, die sich auch auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu erstrecken habe. Man müsse eine Brücke bauen, die zu allen schaffenden Kräften im jüdischen Volke führt, wobei die Hegemonie der Zionisten aufrecht erhalten werden müsse.

Sir Samuels Stab.

Ous London wird uns gemeldet: Sir Herbert Samuel hat sich bereits seine Mitarbeiter zusammengestellt. In den engeren Stab seiner Mitarbeiter wurden folgende Herren ernannt: General Dredes, Mr. Bentwich, Gouverneur Storr, Capt. Lord Hay und Mr. Nurok, Sekretär der Zionistischen Kommission in Jerusalem.

Die Verhandlungen wegen der Nord- und Ostgrenzen Palästinas.

Aus London wird berichtet: Im Unterhaus richtete der Abgeordnete Rapier an den Unterstaatssekretär für Auswärtiges die Anfrage, ob irgendwelche Verhandlungen wegen der Festsetzung der endgültigen Nord- und Ostgrenzen Palästinas im Zuge sind. Mr. Harmsworth bejahte die Frage. Die Verhandlungen werden zwischen der englischen und französischen Regierung geführt. Die Beantwortung der weiteren Frage bezüglich der Haltung der Araber in dieser Angelegenheit behielt sich Mr. Harmsworth für einen späteren Zeitpunkt vor.

Eine Funkenstation in Palästina.

(J. K. B.) Es verlautet, daß auf dem Oelberg eine Funkenstation errichtet wurde. Sie wird vor allem der Verwaltung zur Verfügung stehen, soll aber später vergrößert werden und dem Publikum sowie Privatinstitutionen zur Benützung freistehen. Die Station wird die Linie London und Paris bedienen.

Eine jüdische Industriearmee für Palästina.

(J. K. B.) In einer der letzten Nummern der „Palestina Weekly“ veröffentlicht der Amerikaner B. Rosenblatt einen Artikel, in dem er den Plan einer jüdischen Industriearmee für Palästina aufstellt. Diese Armee soll den jüdischen Boden in Palästina für die sofortige Besiedlung geeignet machen, Häuser für die Immigranten vorbereiten und vor allem durch dieses System der „friedlichen Durchdringung“ alle Mittel und Energie für die Renaissance des Heiligen Landes dienstbar machen. — Die zionistische Weltorganisation soll nach dem Wunsche des Autors einen Ruf an die Juden der ganzen Welt ergeben lassen, sich für die Dauer von 18 Monaten in die genannte Armee einreihen zu lassen. Ein „Stab“ aus drei Fachleuten soll die Sichtung durchführen und die geeignetsten und qualifiziertesten in diese Armee, die nicht mehr als 10.000 Mann zählen soll, aufnehmen. — Die Aushaltung einer solchen Armee von 10.000 Mann für 18 Monate soll nach genauen Berechnungen des Verfassers zwei Millionen Pfund Sterling erfordedrn.

Din Forderungen der Poale-Zion nach einer Volksanleihe und Kolonisierung Palästinas auf genossenschaftlicher Basis.

Pittsburg. (J. K. B.) Die letzten Tage der Poale-zionistischen Konvention waren fast ausschließlich der Frage der zukünftigen Entwicklung Palästinas gewidmet. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten ergaben sich in der Debatte zwischen der radikalen Gruppe unter Führung Dr. Syrkin und der Gemäßigten unter Führung Dr. Zitlovekic. Die Mehrheit stellte sich auf Seite der Gemäßigten und die von ihm eingebrchten Resolutionen wurden angenommen, wonach eine nationale Anleihe unter Kontrolle des zionistischen Weltkongresses und Kolonisierung Palästinas auf gemeinschaftlicher Grundlage gefordert wird. Die Konvention sprach sich für eine freie und breite Massenkolonisation aus.

Briefkasten der Redaktion.

Johannisbader Kurgast. Sie senden uns einige Nummern des dortigen „Braunauer Boten“ ein; wir drucken einige Stellen ab:

> Wer nach Johannisbad kommt, der findet gleich, für welches Volk diese Zeit eine „fette“ ist. In Johannisbad ist es wie in Jerusalem. Treugruß!

Und im „Braunauer Boten“ — „ist es wie“ im Wirtshaus, — was Unterhaltungsstoff und Behandlung der deutschen Sprache betrifft! Oder:

> Die Badezeit ist auf dem Höhepunkte. Fast die Hälfte der Besucher sind Nichtdeutsche. Von den Deutschsprechenden wohl Neunzehntel aus dem Stamme J . . . — Letztere bieten ein eigenes Bild. — Diese lächerlichen Pomp entfaltenden Weiber der Kriegsgewinner muß man gesehen haben! Männer, Weiber und Kinder scheinn nur hieher gekommen zu sein, um eine Entfettungskur durchzumachen. An den Herrschaften sieht man am besten, wie schlecht es mit der Ernährung gewisser Kreise in der Großstaddt bestellt ist.

Nun wissen die Johannisbader Kurgäste wenigstens mit welchen Augen sie die Einheimischen betrachten. Sie wissen auch sehr gut, was die „Entfettungskur“ zu bedeuten hat! Das zeigt ihnen schon das **einfache Kurmittel an: Die Pensionspreise!**

Aus den Gemeinden.

Bardiov. Dienstag, am 6. d. M. veranstaltete unser Misrachi-Verein im großen hiesigen Theatersaal eine Herzl-Feier, deren erhebender Eindruck in den Herzen der nach Hunderten zählenden Anwesenden lange nachwirken wird. Die Feier wurde vom Vereinschor mit dem stimmungsvollen Gesange „Al muth Herzl“ eingeleitet. Nach einer kurzen Eröffnungsansprche des Vizepräses Herrn Chaim Karniel, in der er die Gedenkfeier als wahren Ausdruck unserer tiefen Pietät dem unvergeßlichen Führer des jüdischen Volkes gegenüber würdigte, hielt Prof. Dr. Reach aus Prag die Festrede. In schwungvollen, von Begeisterung durchglühten Worten gedachte er der ewigen Verdienste Herzls um das jüdische Volk, der sein Leben auf dem Altar der Volksliebe opferte und dem es, wie einst Moses, nicht beschieden war, die nun beginnende Verwirklichung seines Schöpfertraumes zu erleben. Der Redner zog eine sinnvolle Parallele zwischen der gegenwärtigen Situation in Palästina und derjenigen zur Zeit Zerubabels u. Nehemias; erwähnte ferner, unter stürmischem Applaus des Publikums, der ewig unvergeßlichen ruhmvollen Arbeit Sokolows und Weizmanns, sowie der lobenswerten mutigen Aktion Jabotinskys und seiner Genossen. Der Schluß, der durch wiederholte Ovationen belohnten Rede, war eine warme Mahnung zur Einheit in dieser für das jüdische Volk so schicksalhaften Zeit. Zur Hebung der feierlichen Stimmung trugen einige Chorgesänge, sowie hebäische und jiddische Deklamationen bei, die von Gg. Chaskel Führer und den Kindern Herzl Klafter, Berl Klafter und Rachel Kalb, welch letztere zwei sich recht auszeichneten, vorgetragen wurden. Bei dieser Gelegenheit danken wir den Gg., die bei dem Arrangement des Festes mitwirkten, besonders Frl. Roszi Klafter für ihre Sammlung von K 300.— und Frl. Gisela Friedmann für ihre Sammlung von K 68.— zu Gunsten des J. N. F.

Bodenbach. Am 18. Juli 11 Uhr vormittags fand auf dem hierortigen Friedhofe die Aufstellung des nach dem Entwurfe des Herrn Ing. Rud. Pollak ausgeführten Grabdenkmales für den verewigten Herrn Rabbiner Max Freund, statt, wo sich der Vorstand der Kultusgemeinde, Abordnungen der Beerdigungsbürderschaft, des Frauen-Vereines, des jüd. Volksvereines „Theodor Herzl“, des Bundes „Blau-Weiß“, sowie zahlreiche andere Personen eingefunden hatten. Rabbiner Dr. Karpelis hielt eine gehaltvolle Ansprache, welche auf die Anwesenden einen tiefen Eindruck machte.

Trautenau. Anläßlich der glücklichen Rückkehr unseres gewesenen Vorstandsmitgliedes des Herrn Dr. Moritz Singer aus langjähriger russischer Kriegsgefangenschaft, versammelte sich der Vorstand des zionistischen Volksvereines am 3. Juli d. J. zu einem Begrüßungsabend, bei welchem der Heimkehrer einen Vortrag über seine Erlebnisse undd die Verhältnisse im Krasnojarsker Gefangenenlager hielt. Von größtem Interesse waren dessen Ausführungen über die dort herrschenden Zustände, die zur Gründung einer zionistischen Organisation in diesem Lager führten und die Schaffung einer jüdischen Produktiv-Genossenschaft unter der Leitung dieser Organisation zur Folge hatten. Aus den fast zwei Stunden währenden Schilderungen konnten wir die Ueberzeugung gewinnen, wie dringend nötig der Zusammenschluß aller Juden sei und was solcherort jüdischer Geist zu schaffen vermag. Die erwähnte Produktiv-Genossenschaft erfreute sich sowohl bei sämtlichen Kriegsgefangenen, als auch bei der sibirischen Bevölkerung der größten Beliebtheit und des besten Zuspruches; prosperierte geradezu glänzend, so daß sich schließlich auch die Sowjetregierung veranlaßt sah, diese mit Heereslieferungen zu betrauen. Die jüdischen Kriegsgefangenen, Offiziere und Mannschaften konnten sich auf diese Weise ihre vorher fast trostlose Lage verbessern und die Gefangenschaft erträglicher gestalten. Im Hinblicke auf die Gründung ähnlicher Genossenschaften in Palästina, würden wir allen zionistischen Vereinen empfehlen, sich von aus diesem Lager rückkehrenden jüdischen Gefangenen, Berichte erstatten zu lassen. — Die diesjährige Herzl-Gedenkfeirer wurde wie alljährlich auch diesmal am 18. Juli in Johannisbad abgehalten. Im festlich geschmücktem Saale des Restaurant Spiro hielt vor einem zahlreich versammelten Publikum der Obmann der böhmischen Parteileitung Herr Dr. Emil Margulies aus Leitmeritz die Festrede, welche sich hauptsächlich auf die durch die Mandatsübernahme Englands in Palästina geschaffene Lage und auf die dadurch der Judenschaft im Allgemeinen erwachsenden Pflichten, bezog. Reicher Beifall folgte den trefflichen Ausführungen dieses Redners. Die hiebei zu Gunsten des Herzlwaldes eingeleitete Sammlung unter den anwesenden Gästen, ergab ein recht erfreuliches Resultat, wofür in erster Linie den Herren Julius Lampl aus Prag und Hugo Ratscheradetz aus Trautenau sowie deren Angehörigen der beste Dank gebührt.

קרן קימת לישראל

Keren Kajemeth Lejisrael.
Národní fond Židovský.
Jüdischer Nationalfonds.

Zentralstelle im tschechoslowakischen Staate.

Růžová ulice 24. Postsparkassenkonto 94.581
Telefon Nr. 9546.

Der jüdische Nationalfond bezweckt, Grund und Boden als unveräußerliches Eigentum des jüdischen Volkes in Palästina zuerwerben.

Eingang vom 16.—22. Juli 1920.

Allgemeine Spenden:

Aussig: Thoraspende Max Wertheimer 10.—, Wilhelm Löwy 10.—, zus. 20.—. **Deutschbrod:** Durch Rabb. Dr. Leo Bertisch (Spez. folgt) 50.—. **Karlsbad:** Sammlung J. B. V.: Schulzmann 50.—, Alfred Löwy 20.—, Emil Resetoff 15.—, Dr. Trotzky 20.—, Alice Braun 15.—, Luba Kesterowa 20.—, Fr. Spitzer 10.—, Eisenstätter 15.—, Frau Adler 15.—, Kulmreich u. Frau 50.—, Schlečinska 15.—, Pratter Rosa 15.—, Fr. Emil Löwenstein 15.—, Berta Kaufmann 15.—, A. Löwenstein 15.—, Bleier 15.—, Krüger 5.—, Berger 7.—, Hora Fischer 5.—, Johann Lemberger 5.—, Moritz Groß 20.—, J. Baruch 20.—, J. Cymber 15.—, Anna Leibel 15.—, Fr. Koupnik 15.—, Leon Chait, Odessa 15.—, Ignatz Stern 15.—, Lipot Bayern 15.—, Kindertheater 15.—, Fritz Samisch-Gusta Löbl anl. Hochzeit Löbl-Samisch je 20.—, zus. 527.—. **Marienbad:** Samuel Rothenberg 40.—. **Pardubitz:** Zum Geburtstag Georg Feldmann gratulieren: E. Hochmann 10.—, J. Raucher 10.—, H. Edelstein 5.—, Ing. Baderle 5.—, R. Hoch 5.—, J. Bloch 5.—, L. Lonith 5.—, Pazadevil R—. 2.—, Tempelspende Schebuoth R. Hoch 10.—, zus. 62.—. **Pilsen:** Tempelkassa 27.—, N. N. 100.—, Paul Schließer 5.—, Frankenfeld 5.—, Liebstein 5.—, Emil Löbner 20.—, zus. 162.—. **Pötschmühle:** Durch Otto Adler (Spez. folgt) 47.50. **Saaz:** Sammlung des Herrn Simon Pollak: Simon Pollak 30.—, Humanic A. G. 50.—, Emil Altschul 50.— zus. 130.—, N. N. 100.—, JUC. Erwin Gehorsam, Hřiškov 20.—, zus. 250.—. **Svojšice:** N. N. 25.—. **Wollin:** Poldi Herlinger 5.—, Leo Fischl 5.—, Wilhelm Lewitoch 5.—, Anna Bloch 10.—, 2.— zus. 27.—. **Chotěboř:** Max Pick 5.—. **Prag II:** Leopold Seelig 20.—, Adolf Lucka 20.—, N. N. 40.—, N. N. 33.70, durch MUC. Werner: A. B. Großindustrieller 300.—, zus. 413.70. **Prag III:** Alfred Adler 5.—.

Summa K 1634.20.

Baumspenden:

Aussig: Anny u. Emmy Pick, Mizzi Gläßner, Martl Strnad, Olga Lederer, Adele Popper 2 Bäume z. treuen Gedenken i. l. Wanderschwester Hella Schneider anl. Ablebens Hella Schneider spenden im Hella Schneider-Garten: Frau Dr. Illner, Linz 1 B. Erich Müller 1 B., Familie Emanuel Guttmann 1 B., Gustav Pick 1 B., Louise Deutsch 1 B., Siegmund Bäuml u. Frau 1 B., anl. Ablebens Dr. Bernard Schwarz, Nestomitz spendet Familie Heinrich Fleischer 1 B. a. s. N. in treuem Gedenken im Herzlwald, Willi Müller anl. freud. Anlasses 7 B. a. N. Frieda Leistyna im Leistyna-Garten, B. V. „Theodor Herzl" grat. Herrn u. Frau Böhm z. Vermählung 2 B. a. d. N. im Blau-Weiß-Garten, Familie Adolf Kratky, Familie Alfred Kornfeld anl. Abl. Hella Schneider je 1 B. im Hella Schneider Garten d. Max Leistyna 60.— (Spez. folgt) zus. 360.—. **Brüx:** Otto Kohn anl. Todestages Rud. Weinberger a. d. N. 1 B., Familie Moritz Hlawatsch, Oberleutensdorf anl. Vermählung Bertl Lederer-Ing. Ernst Kohn, a. N. Bertl u. Ing. Ernst Kohn 1 B., Familie Moritz Hlawatsch anl. Sterbetag Rosa Hlawatsch a. d. N. 2 B., alle im Dr. Emil Lederer-Garten Anl. Sterbetages Rud. Weinberger a. d. N. im Brüxer Blau-Weiß-G. spenden: s. Eltern Adolf u. Paula Weinberger 1 B., Paul Weinberger 2 B., Erna Weinberger 1 B. zus. 120.—. **Dobříš:** Anl. Ableben sFrau T. Porges kondolieren: Emil Arnstein 15.—, Ing. Aschermann 5.—, Eduard Bleier 6.—, Ota Bondy 5.—, Rich. Fleischmann 5.—, Josef Frankl 5.—, Georg Herrmann 5.—, Boh. Katz 5.—, Leop. Lederer 5.—, L. Oppenheimer 5.—, Anna Pollak 5.—, Rud. Traub 5.—, H. Vogl 5.—, Frl. Wiener 6.—, Marte Windt 15.—, Fam. Porges 20.—, 3.—, 3.—, 2.—, 2.—, 2.—, 2.—, 2.—, 2.—, 2.— 3.—, zus. 140.—. **Görkau:** Alex. u. Gisa Feig grat. Dr. Fritz Fischl 1 B. a. d. N. im Simon Feig-G. 15.—. **Karlsbad:** Auf Namen Ludwig Heller s. A. spenden: Blau-Weiß Burschengruppe 7 B., Familie Emilie Heller 4 B., Franz Heller 2 B., Mizzi Heller 2 B., Adolf u. Terese Pachner 2 B., Mizzi Kohn 1 B., Mina Heller 1 B., Ernst Weiner 1 B., Rudolf Pachner u. Frau Else 1 B., zus. 325.—. **Liebwerda:** Einige Liebwerder anl. guter Unterhaltung 1 Baum 15.—. **Nachod:** Hynek Lederer anl. Jahrzeit u. s. Eltern Wilhelm u. Rosalia Lederer a. i. N. 2 B., Max Lederer anl. Hochzeit Otto Steiner—Malči Eisler a. d. N. 1 B. ,beide im Dr. Gustav Sicher-G., zus. 45.—. **Pardubic:** Zum Geburtstag Georg Feldmann gratulieren: Ing. Mannheimer 1 B., Ing. Matzner 1 B., Ing. Traub 1 B., Alf. Wolfner 1 B., Georg Hein 1 B., alle im Herzlwald, Alf. Wolfner dankt Felix Bloch Bar Kochba für frdl. erwiesenen Dienst 1 B. im Bar Kochba-Hain zus. 90.—. **Pilsen:** Blau-Weiß dankt Fritz Baum 2 B., Verlorene Wette Schließer-Liebermann 1 B., 2. Gruppe Blau-Weiß grat. Paul Schließer 1 B., Otto Frankenfeld grat. Paul Schließer 1 B., alle im Bruno Liebstein-Gart., zus. 75.—. **Tetschen:** Fritz Flusser, Teplitz, anl glücklich überstandener Operation s. Lbb Ing. Oskar Eckstein a. d. N. 1 B., derselbe grat. s. CB. Ing. Leopold Fischl z. Hochzeit 1 B. a. d. N., MUDr. Franz Eckstein 1 B. a. N. Ella Duschenes, Knoviczalle im Prof. Dr. Engel G., zus. 45.—. Dr. Max Kopetzky, Aussig, grat. s. CB. Ing. Fischl z. Hochzeit 1 B. a. d. N., derselbe grat. Dr, Herbert Birnbaum 1 B. a. N. Mathias Birnbaum, derselbe kondoliert Dir. Schaufeld 1 B. a. N. s. verst. Vaters MUDr. Alfred Kohn, Schönwald grat. Dr. Robert Löwenstein z. Vermählung, alle im Prof. Dr. Engel-G., zus. 60.—. **Trautenau:** Milli u. Ruth Geduldiger anl. Geburt ihres Töchterchens 5 B., Milli, Ruth, Edith Geduldiger aus demselben Anlaß 3 B., Karoline u. Gustav Geduldiger 2 B., Jenny, Jakob, Otto Fränkl 3 B., Mins u. Jul. Norden, Berlin 2 B., Familie Galaber, Wien 2 B., zus. 210.— **Wällischbirken:** Käthe Hoffmann geb. Popper, Wien 10 B. a. N. d. Großmutter Golde Popper, Teinitzl im Rosa Popper-G., zus. 150.—. Wolin: Sammlung Weil-Schimko anl. Todestag Herzl: Ludwig Weil 1 B., Ernst Lederer 1 B., Wilhelm Lederer 1 B., Berthold Beck 1 B., Helene u. Katerina Lederer 1 B., Moric Schimko 1 B., David Fantl 2 B., Josef Löwy, Irma Ganz 1 B., Wilhelm Winkler 1 B., Wilh. Lewitoch 1 B., Bohumil Bittermann 1 B., zus. 12 B. 180.—. **Prag I:** Židovky Zpravy 3 B. a. N. Gustav Fleischmann, Dr. Goldstein grat. Pepa Schick u. Frau zus. 65.—. **Prag III:** Hilde Singer dankt Familie Pereles Chodenschloß 4 B., im Arnold Pereles G. 60.—. **Weinberge:** Zdenko Bergmann 1 B., a. N. Leo Bergmann a. A. im Makkabihain 15.—.

Summa K 1970.—.

Goldenes Buch.

Soborten: Durch Rabb. Sagher (Spez. folgt) 40.—. **Tetschen:** JUDr. Paul Löwy, Karlsbad, beglückwünscht s. l. CB. Dr. Herbert Birnbaum zu dessen Leistungsfähigkeit 18.—, MUDr. Rudolf Fischer, Teplitz 20.—, beide Eintrag. Barissia vorb. 38.—.

Summa K 78.—.

Selbstbesteuerung.

Brüx: Max Löwy 10.—, Arthur Kolin 20.—, Weinberger 20.—, 4.—, 3.—, 1.—, 1.—, zus. 59.—. **Komotau:** Durch Friedrich Kohn, Gymnasium 18.20. **Pardubic:** Dir. J. Mannaberg 60.—, Ing. K. Feldmann 20.—, Jind. Hein 30—, Ing. Spamer 18.—, Rob. Hoch 10.—, Ing. Matzner 6.—, Ing. Mannheimer 9.—, Ing. Traub 9.—, Leo Löwith 6.—, A. Wolfner 9.—, zus. 177.—, **Pilsen:** Max Immergut 75.—, Blau-Weiß 35.—, Dr. Federmann 50.—, Jakob Lederer 10.—, zus. 170.—. **Saaz:** Rudolf Neumann 100.—. **Tetschen:** MUDr. Alfred Kohn, Schönfeld 10.—. **Prag I:** Otto Aschermann 20.—, Bernard Neumann 10.—, Emilie Neumann 6.—, Otto Brod 40.—, Alice Fischl 30.—, Rudolf Taussig 10.—, Walter Löwy 40.—, zus. 156.—. **Prag II:** Herrmann Hartmann 75.—, Sofie Lederer 12.50, R. Newikluf 30.—, Rudolf Stransky 30.—, zus. 147.50. **Prag V:** Dr. Max Brod 100.—, MUC. Lilli Weil 5.—, Dr. Trude Weil 5.—, zus. 110.—. **Prag VI:** Dr. Artur Felix 120.—. **Karolinenthal:** Ant. Glaser 20.—. **Weinberge:** Klara Mauthner 10.—. **Vršovice:** O. H. Hoffe 40.—.

Summa K 1137.70.

Sammelbüchsen.

Bechyně: Leopold Wagner 20.—. **Pardubic:** Ing. Traub 31.40, J. Hein 15.—, J. Bloch 7.50. zus. 53.90. **Prag I:** Karoline Winternitz 10.—, Rudolf Reimann 5.—, 1.80, 3.—, 3.—, Rosa Sigmann 11.71, M. Lissau 6.44, zus. 37.95.

Summa K 111.85

Nachlaßspenden.

Nachod: Thoraspenden: Hynek Holzner, Arnold Kraus, Ed. Fischer je 20.—, Simon Holzner, Hronov, Dr. Gustav Sicher je 10.—, Gustav Schur, Max Lederer je 5.—, Kohn Siegmund Nové Město 9.—, 2.—, 2.—, 2.—, zus. 105.—.

Gesamtsumme des Jüdischen Nationalfonds		5.036.75
Hiezu die in der letzten Nummer ausgewiesenen		182.056.24
Daher Gesamtsumme in Böhmen bis 22. Juli 1920	K	187.092.99
Gesamtsumme in Mähren und Schlesien bis 7. Juli 1920		137.731.05
Gesamtsumme in der Slowakei bis 15. Juli 1920		120.286.20

Herausgeber: Ein Konsortium. — Verantwortlicher Redakteur: Georg Langer. — Druck von Anton Cermann G. m. b. H., vorm. D. Kuh, Prag.